

VORAN

mit 100. Ausgabe
Sonderbeilage

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften

Nr. 100 - Mai 1988

80 Pfg. - Solidaritätspreis: 2,- DM

Zerschnitten der Postwertbriefe

Die Post soll in drei voneinander unabhängige Unternehmen aufgespalten werden, in die gelbe Post (Briefe und Pakete), in die graue Post (Fernmeldewesen) und in die blaue Post (Postbankdienst). Damit sollen die Voraussetzungen für die Privatisierung gewinnbringender Teile geschaffen werden.

Zum Vorteil aller Unternehmer sollen die Gebühren so geändert werden, daß sie weniger bezahlen und die privaten Haushalte mehr. Bereiche, die Verluste bringen oder jahrzehntelange hohe Investitionen verlangen, sollen bei der Post bleiben.

Die Modernisierung der Netze bezahlt die Post, aber wenn nutzt diese Modernisierung? Sie schafft neue Nutzungsmöglichkeiten vor allem für die Verwaltung der Großunternehmen (Vernetzen von Computern zum schnellen Datenaustausch). Das heißt: Die Bundespost investiert, das Kapital profitiert.

Alle drei Einzelbereiche der Bundespost sollen nach den Plänen in Zukunft kostendeckend arbeiten. Das bedeutet für die gelbe Post, die bisher Defizite machte, Entlassungen und somit Verschlechterungen im Service: Postämter werden geschlossen, Leerungszeiten für Briefkästen werden selbster. Noch schlimmer wird es dadurch, daß bei diesen Diensten private Anbieter zugelassen werden sollen. Die Paketzustellung, bei der bereits vor Jahren das Postmonopol aufgeho-

ben wurde, macht deutlich, wohin die Reise geht. Die gewinnbringenden Pakete befördern heute private Zusteller (UPS und DPD). Das flache Land und den Kleinkram überlassen sie der Post. Verluste werden sozialisiert, Gewinne privatisiert. Die Verluste, die der Post bei der Paketzustellung dadurch entstehen, betragen 1986 1,1 Milliarden DM. Das war die Hälfte des gesamten Defizits im gelben Postbereich.

Das Fernmeldewesen fährt Militärdienste ein. Trotzdem sollen die Ortsgespräche teurer werden. Schwarzschilling wandt einen billigen Trick an: Er sagt, daß nicht nur das Fernmeldewesen insgesamt, sondern auch dessen Einzelbereiche mindestens kostendeckend wirtschaften sollen. Zum Beispiel sollen beim Telefon die Ortsgespräche nicht mehr 'subventioniert

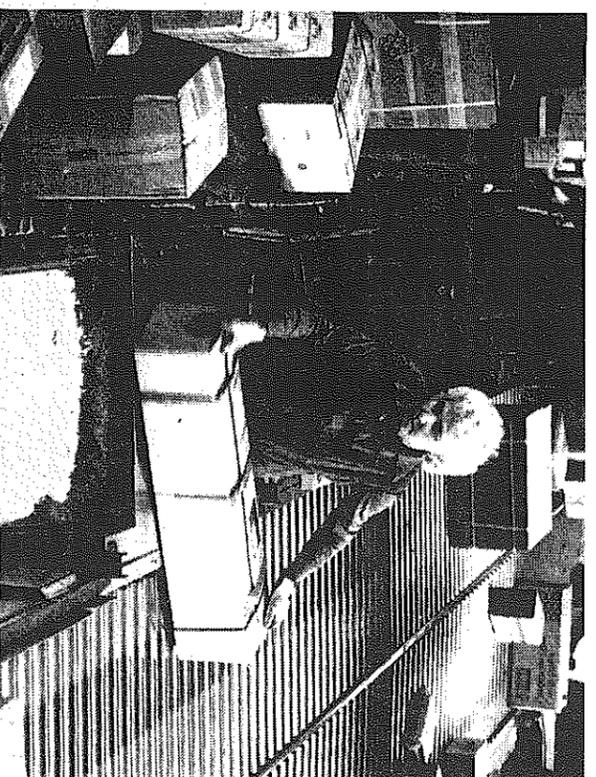
werden. Die Folge: Ortsgespräche würden 10 mal teurer. Dies zeigt: Es geht nur darum, die Geschenke, die die Kapitalisten bekommen, von den Beschäftigten und kleinen Kunden bezahlen zu lassen.

Ein neues Management bei der Post soll gleichzeitig dafür sorgen, daß rationalisiert wird, das heißt Personal soll abgebaut werden, statt dessen investiert man in neue, automatische Anlagen.

In anderen Ländern sind die Postdienste schon in privater Hand. Die Zustände dort sollten uns eine Warnung sein:

- In Großbritannien, wo die Post von der Thatcher-Regierung privatisiert wurde, verschlimmert sich die Situation für die Beschäftigten und Kunden beinahe tagtäglich: Kaum eine Telefonzelle funktioniert noch, weil sich eine Reparatur nicht lohnt, Gebühren für Ortsgespräche liegen weltweit an der Spitze, Briefe sind wochenlang unterwegs, es gibt kaum noch Ausbildungsplätze. Die Gewinne sind außerordentlich hoch.

Nicht nur die 550.000 Beschäftigten der Bundespost, alle Arbeiter haben ein Interesse, die geplante Zerschlagung der Bundespost zu verhindern. Bruno Hof, Köln
Jungsozialist



Der Einsatz der neuen Technik hat die Arbeitsbedingungen keineswegs verbessert - im Gegenteil. Der Streik ist gestiegen, so z.B. in der Paketpost Köln-Vippes.

Privatisieren heißt die Devise der Kapitalisten und ihrer Regierungen nicht nur in der BRD, sondern auch in Frankreich, den USA und - vor allem - in Großbritannien. Als es dort der Post an den Kragen ging, wählten sich die Betroffenen. Über die Erfahrungen aus diesen Kämpfen sprach VORAN mit Colin O'Callaghan, dem Vorsitzenden des British Telecom International Council. Siehe dazu das Interview auf der letzten Seite.

100. Ausgabe von VORAN: 15 Jahre Verteidigung des Marxismus

Als sich im Herbst 1973 drei SPD-Mitglieder aus drei Bundesländern zusammenschlossen, um eine marxistische Tendenzzeitung in SPD und Gewerkschaften zu gründen, stießen wir bei vielen Kollegen und Genossen auf Zweifel, Ablehnung oder auch väterliches Schulterklopfen. „Den Arbeitern geht es doch viel zu gut“, sagten die einen. „Marxistisch - das ist doch von drüben“, sagten die anderen. „Was soll denn noch eine linke Zeitung“, wurde uns entgegengehalten.

Heute, im Frühjahr 1988, können wir schon einen Rekord verbuchen: VORAN ist die älteste voll kontinuierlich erscheinende Juso-Tendenzzeitung. 1973 hatten wir bis auf eine elektrisi-

sche Schreibmaschine, ein paar Prittstifte und Schreibzeug so gut wie nichts, was man zur Zeitungsproduktion braucht. Wir hatten keinen Mäzen, keine prominenten Förderer und Gönner und auch keinen Zeitgeist oder Modetrend, auf dem wir schwimmen konnten. Unter 20 verschiedenen Möglichkeiten wählten wir, was mit die leichteste Aufgabe war, den Titel „VORAN“ aus. Unser wichtigstes Fundament war und bleibt der Marxismus. 100 Ausgaben von VORAN widerspiegeln und dokumentieren einen bald 15jährigen Kampf um die Klarheit marxistischer Perspektiven und ihre Umsetzung in die Praxis. Trotz mancher Schwächen können wir heute mit Stolz zurückblicken und feststellen: Die marxistische Methode hat sich bewährt, unsere Prognosen und Perspektiven haben zum großen

Teil schon den Test in der Praxis bestanden. Welche andere Zeitung kann heute noch ohne Scham und Peinlichkeit nachdrucken, was sie vor 8, 10 oder 15 Jahren gesagt hat?

Doch 15 Jahre sind ein kurzer Zeitraum in der Entwicklungsgeschichte der menschlichen Gesellschaft. Der Kampf um die - historische notwendige - Durchsetzung des Sozialismus hat schon eine fast 150jährige Tradition. Marx, Engels, Lenin, Trotzki, Luxemburg, Liebknecht - sie alle haben unter sehr großen Opfern die Arbeiterbewegung aufgebaut. In den 90er Jahren werden die entscheidenden Kämpfe um die Rückgewinnung einer marxistischen Führung in der Arbeiterbewegung ausstehen. Wenn dies gelingt, dann ist der Weg frei für eine echte sozialistische Demokratie in der BRD, in ganz Europa und der ganzen Welt. Dann werden Hunger, Elend, Umweltzerstörung und Aufrüstung ein für alle mal vorbei sein.

VORAN ZUR SOZIALISTISCHEN DEMOKRATIE!



Zur Geschichte von VORAN: Siehe auch Beilage

Wissenschaftlich-technische Revolution

Durch neue Technik Pausen der Krise?

Wie wird alles weitergehen? Wird es möglich sein, die steigende Arbeitslosigkeit in den Griff zu kriegen? Werden in den nächsten Jahren wieder alle Jugendliche eine Lehrstelle, alle, die möchten, eine entsprechende Arbeit finden?

Das sind Fragen, die augenblicklich viele Menschen beschäftigen: die Politiker, die Arbeiter, die Jugendlichen und, nicht zuletzt, die Jungsozialisten.

Alle sind sich darüber einig, daß sich - trotz gesamtwirtschaftlicher (al- lerdings sehr kleiner) Wachstumsraten - weite Bereiche der Wirtschaft in einer Krise befinden. Besonders hart hat es die „klassischen“ Industrien Stahl, Bergbau und Werften betroffen.

„Anpassungskrise“

Gibt es eigentlich überhaupt Möglichkeiten, im Rahmen des kapitalistischen Systems einen Ausweg zu finden? Die Regierung, die Unternehmer, aber auch weite Teile der SPD und Jusos glauben, daß dies möglich sei. Sie sagen, bei den jetzigen Schwierigkeiten handelt es sich um eine „Anpassungskrise“, das heißt, die Unternehmer müßten eigentlich umstellen. So werden von SPD-Landeregierungen und Städten Maßnahmen ergriffen, die es den Kapitalisten erleichtern sollen, auf das neue Pferd der „Neuen Technologien“ zu setzen. Technologische Zentren, Raumfahrtprojekte, große Forschungszentren in diesem Bereich werden geplant und mit Millionen summen gefördert.

Auch Jungsozialisten aus dem „Hannoveraner Kreis“, die sich (noch) Marxisten nennen, sehen hier eine Chance. Die „Wissenschaftlich-technische Revolution“ sei in der Lage, der Wirtschaft wieder neuen Schwung zu geben, den gesellschaftlichen Reichtum zu vermehrten, den Unternehmen höhere Profite zu garantieren und eventuell neue Arbeitsplätze zu schaffen.

„Zukunfts- investitionsprogramm“

Aufgabe für Sozialisten in den 90er Jahren sei es, die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Probleme, die diese

„Revolution“ mit sich bringt, abzumildern und eventuelle und weitere Verschlechterungen des Zustandes unserer Umwelt zu verhindern. Hier soll der Staat eingreifen, mit einem „großangelegten Zukunftsinvestitionsprogramm“ und einem „demokratischen Regulierungs- und Innovations- (= Erneuerungs-) Konzept“.

Mit einem Gesamtkonzept gesellschaftlicher Eingriffe in die Entwicklung von Arbeit und Technik, des Dienstleistungssektors, der Medien und der Kultur kann es gelingen, soziale Gerechtigkeit mit einem entwickelten Anspruchskonzept zu verbinden... (Quelle: Jusos wohn, Bezirk Mittelheim).

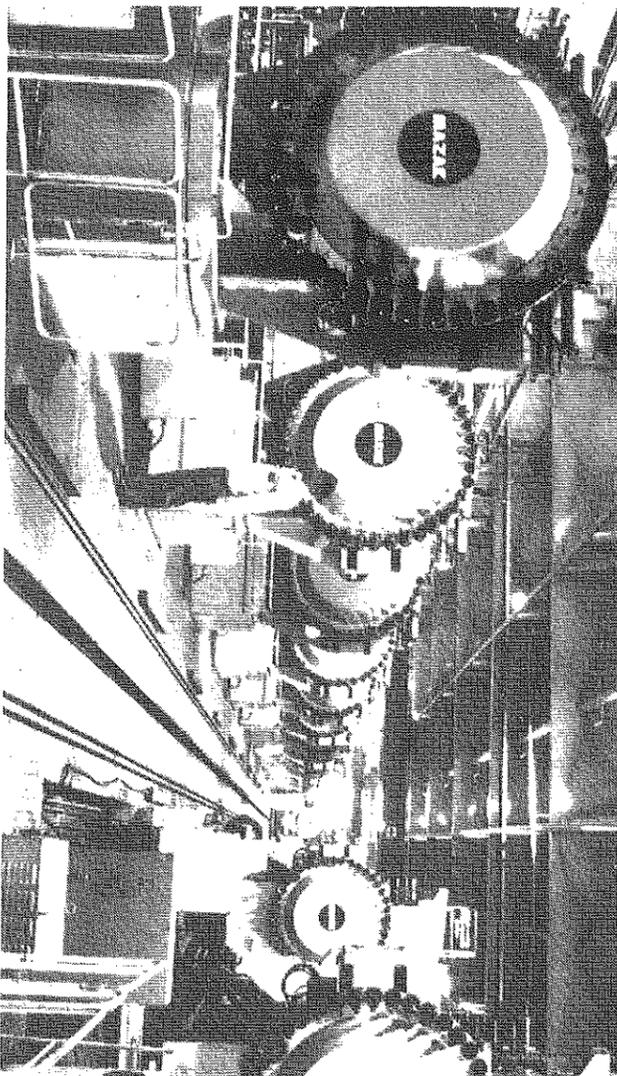
Wenn das alles so ginge, wärs ja schon. Die Wirklichkeit sieht allerdings etwas anders aus. Schon jetzt bedarf es massiver finanzieller Unterstützung von Seiten des Staates, um überhaupt Unternehmer dazu zu veranlassen, in die Neuen Technologien zu investieren.

Rationalisierung

Demn sie sehen: Neue Maschinen oder die Umstellung auf Computer ist eine teure Angelegenheit. Sie lohnt nur dann, wenn sie einerseits zur Rationalisierung dient (d.h. Arbeitskräfte einspart) und wenn ein Markt da ist, der die produzierten Güter aufnimmt. Eine Reihe von Firmen hat in den letzten Jahren in Rationalisierung investiert. Allerdings stellt sich heraus: 1. Die neuen Anlagen lohnen sich erst richtig, wenn sie Tag und Nacht laufen - und das sieben Tage in der Woche. Daher der Ruf nach Flexibilisierung. 2. Die einzige Kraft, die Werte schafft, ist die Arbeit. Die Profite der Unternehmer haben als Grundlage, daß der Arbeiter weniger Geld als Lohn bekommt, als er durch seine Arbeit dem

Unternehmer eingebracht hat. Je mehr Arbeiter der Unternehmer durch Maschinen ersetzt, desto niedriger wird letzten Endes der Profit im Verhältnis zum eingesetzten Kapital. Und der Profit ist in unseren System die Größe, um die es in der Wirtschaft geht.

gemacht worden, haben sich die technischen Möglichkeiten enorm weiterentwickelt. Doch um zu einer Produktivkraft zu werden, reicht dies nicht aus. Dazu müssen die neuen Techniken auch angewandt werden, zu den gesellschaftlichen Reichtum zu vermehren. Und das ist schon heute nicht der Fall - man denke nur an die Laser-



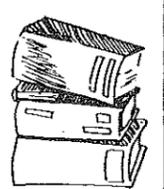
Die Umstellung auf die computergesteuerten Produktionsanlagen ist eine teure Angelegenheit. Sie lohnt sich nur, wenn hinterher auch noch die Märkte für die Produkte existieren.

Selbst im neuesten Bereich, der Herstellung der Microchips, Computer und Elektronik lauten jetzt schon Handelskriege zwischen den großen US-amerikanischen und japanischen Konzernen um Marktanteile. Einzelne Länder versuchen, ihre Märkte abzuschotten, um die einheimische Industrie vor der Konkurrenz von außen zu schützen. „Newcomer“ haben keine Chance, größere Anteile am Weltmarkt zu erringen.

Eines ist klar. In den letzten Jahren sind eine Menge neuer Erfindungen



Buchbesprechung



„Gesellschaft der Zukunft“ - Kapitalismus?

Oskar Lafontaine versucht in seinem Buch Möglichkeiten einer „Gesellschaft der Zukunft“ aufzuzeigen. Die Grundlage für diese Gesellschaft soll weiterhin die „soziale Marktwirtschaft“ sein. „Es gibt kein System, das die menschlichen Bedürfnisse besser befriedigt hätte.“ Zwar kann auch Lomfontaine nicht übersehen, daß dieses System zu Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise geführt hat. Allerdings sieht er die Ursachen nicht im Wirtschaftssystem. „Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit hat ja keineswegs ihre tieferen Ursachen in den wirtschaftlichen Gründen, ... (sie) ist in erster Linie Ausdruck einer unzureichend intelligenten Organisation der Arbeit und des Arbeitsmarktes.“ Hier soll nun der Staat eingreifen, mit einem „verantwortlichen Reformprogramm“, „neuen politischen Ethik“ und „sozialverträglicher Technikentwicklung“. Der Staat soll also dazu dienen, die offensichtlichen Interessengegensätze zwischen Unternehmen und

ohne die Kontrolle über die „Kommandozentralen“, die Vorstandsetzungen der großen Konzerne, der Banken und Versicherungen!

Alle nationalen und internationalen Erfahrungen haben gezeigt: Solange der Profit die Haupttriebfeder wirtschaftlicher Entwicklung bleibt, werden sich die Interessen von den Besitzern der Produktionsmittel und den von ihnen Abhängigen unversöhnlich entgegenstellen.

Neudefinition der Arbeit

Ein Kernstück des Buches ist die „Neudefinition der Arbeit“. Was verbirgt sich dahinter? Diese Definition „hebt den Begriff der Arbeitslosigkeit auf, indem Weiterbildung und Umschulung als Tätigkeit begriffen werden für die Selbstverwirklichung des Menschen. (...) Außerdem soll verstärkt für die gesellschaftliche Anerkennung der informellen Arbeit, also nicht bezahlter, gesellschaftlich nützlicher Arbeit, geworben werden.“

er hochfichtig. Unter dem Deckmantelchen Eigenarbeit, insbesondere Haus- und Erziehungsarbeit aufzuwerten, damit einen Beitrag zur Emanzipation zu leisten, soll Massenarbeitslosigkeit wegdefiniert werden. Gerechte Arbeit und Lebenschancen, Bildung und Ausbildung für alle sowie Selbstverwirklichung in der Arbeit ist jedoch nur durch radikale Verkürzung der Erwerbsarbeit und deren Verteilung auf beide Geschlechter möglich. Deshalb müssen Lohnarbeit und Recht auf bezahlte Arbeit weiter im Zentrum der Auseinandersetzung bleiben. IGM-Prognosen von 84 zufolge würde für Vollbeschäftigung entsprechende Arbeitszeitverknüpfung bis zum Jahr 1990 die Arbeitszeit auf 22 Stunden (!) senken. Was könnte das an Möglichkeiten für Bildung und Neuaufteilung von Hausarbeit schaffen.

Sicher hätte man dann auch Zeit, sich Gedanken über die „Gesellschaft der Zukunft“ zu machen. Dies jedoch nur bei vollem Lohnausgleich, auch weil das Buch 36 DM kostet!

Thomas Berger, Kassel
Jungsozialist

Jungsozialisten Stuttgart-Mitte

Aktiv gegen die Zerschlagung der Post

28. März 1988: Aktionstag der Deutschen Postgewerkschaft. Auch unsere Juso-AG wurde aktiv an diesem Tag. So standen wir dann am 28.3.88 mit Sandwisches und Unterschriftenlisten vor dem Hauptpostamt in unserem Stadtteil. Wir forderten Postkunden auf, den Aufruf der Postgewerkschaft zu unterschreiben. Den meisten Leuten waren die Pläne der Bundesregierung noch nicht bekannt. Nachdem wir sie informierten und klarmachten, daß die Zerschlagung der Post Serviceverschlechterungen und Gebührenerhöhungen zur Folge haben wird, waren viele bereit zu unterschreiben. Manche wollten aber erst abwarten, bis ihnen die Veränderungen bei der Post offiziell bekannt würden.

Einige Postkunden, die aus dem Postamt kamen und in langen Schlangen vor dem Schalter stehen mußten, waren empört über weiteren Personalabbau und unterschrieben sofort. Einer kritisierte zu Recht, daß die Postgewerkschaft die Post zu positiv darstelle, wenn sie von „unserer bewährten Bundespost“ oder der „Bürgerpost“ spreche. Der Service sei bereits jetzt sehr schlecht und man müsse dafür kämpfen, daß es besser wird. In keinem Falle dürfe es aber zu englischen Verhältnissen kommen.

Positive Reaktionen

Die Postbeschäftigten reagierten sehr positiv auf unsere Aktion. Viele Gewerkschaftsmitglieder erfuhrten offensichtlich nur durch die Nachrichten im Radio, daß ein Aktionstag der Postgewerkschaft stattfand. Ein junger Post-Beschäftigter zeigte sofort Interesse, zu den Jusos zu kommen und kam bereits zu unserer nächsten AG-Sitzung.

Nach der Aktion gingen noch zwei von uns in eine Kneipe. Wir unterhielten uns über ISDN und die Folgen der neuen Technik. Zufällig saßen am Tisch zwei Monteure eines Elektronikkonzerns, der die neue Technik für

Technik oder auch an die neuen Kommunikationstechniken (z.B. BTX) Eine solche „Anpassungskrise“ der wir uns heute befinden, ist ein neues in der Geschichte des Kapitalismus. Vergleichbares geschah in den 20er Jahren dieses Jahrhunderts in den neuen Entwicklungen in der Automobil- und der Elektroindustrie. Auch hier geriet die Entwicklung Produktivkräfte in Konflikt mit selbstschafflichen Grenzen: dem Patenteigentum an Produktionsmitteln (z.B. Fabriken) und den Nationalisten (wegen der Konkurrenz untereinander).

Die Folgen waren keineswegs länger Aufschwung mit großen Verbesserungen für die Arbeiter, sondern die große Depression, große Verschlechterungen der Lage der Arbeiter, die zu revolutionären Situationen in vielen Ländern führten, und letzten Endes der Zweite Weltkrieg.

Barbara Kirschaum, Köln
Jungsozialistin



aus Norddeutschland. Aber weil zu wenig Arbeit gibt, werden sie nach Süddeutschland verschickt - ohne Rücksicht auf Familie. Letzte Dorf nach Bayern. Sie bestreiten uns den enormen Rationalisierungseffekt der neuen Technik, nur bei der Post, sondern auch in

Arbeitsdruck

Bereits jetzt herrsche ein wahnwilder Druck am Arbeitsplatz. Irrrational wieder sprachen sie vom „Terrorismus am Arbeitsplatz“ und brachten einzelne Beispiele. Enttäuscht zeigten sie sich von den Gewerkschaften der SPD. Einer der Monteure ist 24 Jahren Mitglied in der SPD zeigte sich völlig frustriert über Zustand der Partei. Er sah keine Perspektive für die Parteiarbeit. In Augen eines anderen Kollegen haben alle großen Parteien, die Gewerkschaften und die Kirchen versagt war der Meinung, daß sich alles radikal verändern müsse, sonst käme große wirtschaftliche Katastrophe von einer sozialistischen Verfassung eineer wirtschaftlichen Krise überzogen werden. Immerhin höre ich Argumente interessiert zu. SPD-Genosse kaufte eine VOI und gab den Solidaritätspreis. Er es gut, daß es Jusos gibt, die Druck machen in der Partei.

Was im Sozialismus möglich wäre

Millionen Arbeitslose und Arme, Umweltzerstörung und Aufrüstung gibt es bei uns. Trotzdem behaupten die Kapitalisten und die CDU/FDP-Regierung immer noch, daß ihr System, der Kapitalismus, die beste von allen denkbaren Ordnungen für Wirtschaft und Gesellschaft sei, viel besser jedenfalls als der Sozialismus z.B. in der DDR oder UdSSR.

Aber: In der DDR, UdSSR usw. gibt es keinen Sozialismus, sondern nur eine zentrale Planwirtschaft, die von einer abgelebten Führungskaste sehr schlecht verwaltet wird. Und: Daß unsere Marktwirtschaft für die Masse der Beschäftigten irgendwelche Leistungsanreize bereithält, ist und bleibt ein Märchen, egal, wie oft man es wiederholt. So verdiente 1987 ein Arbeiter in der Metallindustrie ca. 1800 netto im Monat, und er kann sich ausrechnen, daß sich daran bis zu seiner Rente nichts grundsätzliches mehr ändert. Daß er trotzdem regelmäßig arbeiten geht, hat nicht mit der tollen Motivation, sondern mit dem Druck zu tun, den der Alltag im Kapitalismus auf ihn ausübt. Anreize bietet diese Gesellschaft viel mehr der Klasse, die leben kann, ohne arbeiten zu müssen. Das sind die großen Aktienbesitzer, Spekulanten und ähnliche, deren Einkommen in den letzten Jahren explosionsartig gewachsen sind.

Wie sieht aber nun die sozialistische Gesellschaft aus, die wir schaffen wollen, und was müssen wir dafür tun?

Wir wollen den Bau der neuen Gesellschaft mit dem Bau eines Hauses vergleichen. Wenn wir ein Haus bauen wollen, brauchen wir einen Bauplan. Wir könnten nun anfangen, in den Werken der sozialistischen Lehrer Marx, Lenin oder Trotzki danach zu suchen. Wir werden aber nicht einen Bauplan finden sondern eher eine Untersuchung der Häuser, die bereits gebaut wurden und welche Vor- und Nachteile sie haben, welche Konstruktionen sich besonders bewährt haben und welche allgemeinen Regeln beim Bauen zu beachten sind.

Dieses Wissen werden wir unbedingt benötigen, nur einen Bauplan haben wir noch nicht, wir müssen ihn selbst aufstellen. Weil die neue Gesellschaft eine demokratische sein soll, werden wir auch nie einen völlig fertigen Bauplan haben, denn schließlich sollen sich alle mit ihren Bedürfnissen und Ideen am Bau beteiligen. Wir können also noch nicht die Details des Gebäudes beschreiben, wir können aber schon sagen, auf welchem Fundament es stehen wird und welche Möglichkeiten es uns bieten wird.

Schutz von Mensch und Umwelt

Das Fundament der neuen Gesellschaft wird die demokratische Planwirtschaft sein, d.h. zunächst die Veranschaulichung der 200 größten Industrie-, Handels- und Bankkonzerne der BRD. Der größte Teil der Wirtschaft steht dann unter öffentlicher Kontrolle und wird von Arbeiterräten geleitet. Vom Schichtführer bis zum Direktor werden alle Funktionsträger von den Beschäftigten gewählt und sind diesen jederzeit verantwortlich, d.h. abwählbar. Auch in der öffentlichen Verwaltung gilt das Prinzip der Wahl- und Abwählbarkeit. Kein Funktionsträger darf mehr als einen durchschnittlichen Arbeiterlohn verdienen.

Skandal bei Talbot/Aachen

Kollegen bespitzelt

„Das sind ja Methoden wie im Dritten Reich“, stellte der 1. Bevollmächtigte der IG-Metall aus Aachen in einem Fernsehinterview fest. Gemeint war die Firma Talbot, eine Waggonfabrik in Aachen, die sechs Arbeiter entließ, nachdem sie einen Spitzel eingeschleust hatte.

Als eine Reihe Waggonen mutwillig beschädigt wurden, verließ sich die Firmenleitung nicht auf die Polizei, sondern engagierte einen Agenten, den sie heimlich als Praktikanten einstellte. Der Agent schneitelte sich bei den Kollegen ein und nahm heimlich Äußerungen von ihnen auf Tonband auf. Ihm gelang es sogar, Akten über 170 Kollegen zu führen. Bestimmte Personen, z.B. aktive Gewerkschafter, hat er um eine Gefälligkeit und stellte es dann als Diebstahl dar. Diese Kollegen wurden von der Firmenleitung dermaßen unter Druck gesetzt, daß einige sogar Aufschlagsverträge unterschrieben. Talbot entließ sechs Arbeiter, darunter aktive Betriebsratsmitglieder.

Drei von ihnen erstatteten Anzeige gegen die Firmenleitung. Der Richter hörte sich die Kläger erst gar nicht richtig an, und daß „Anstiftung zum Diebstahl“ strafbar ist, schien ihm

erforderlich ist. Alte Menschen würden viel länger selbständig leben können, wenn sie bei der Arbeit weniger verschlissenen würden.

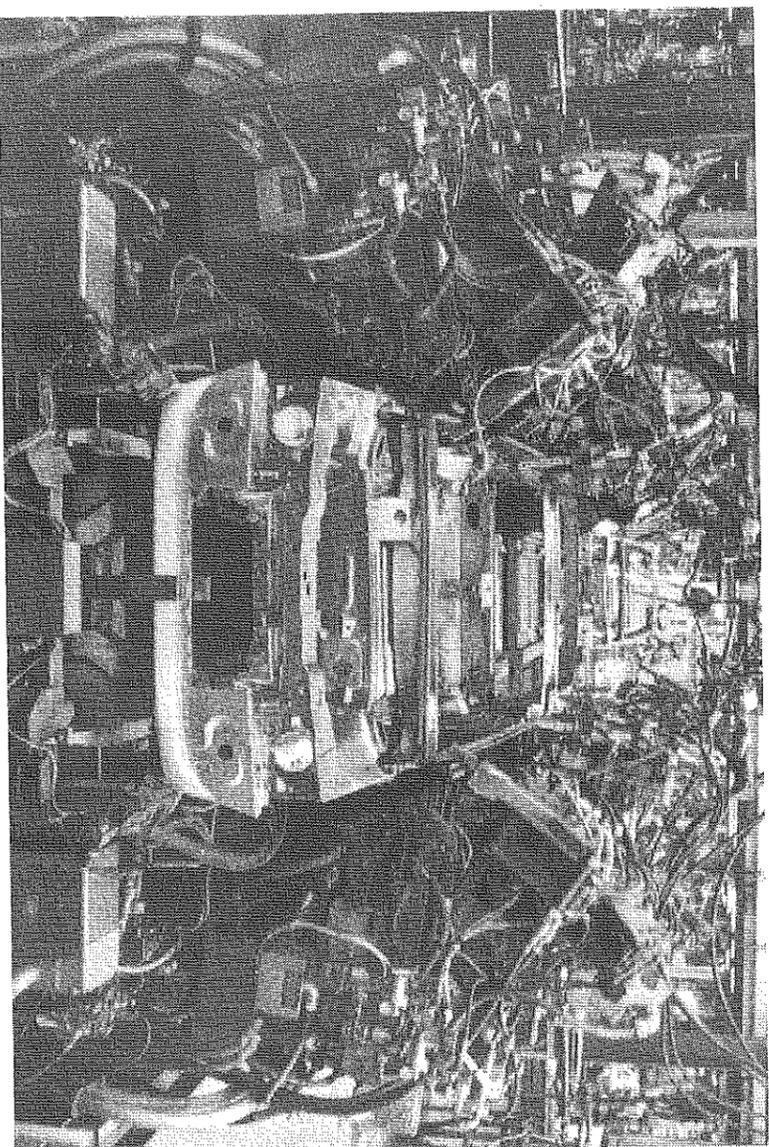
Bildungsrichtungen würden allen gleichermaßen kostenlos zur Verfügung stehen. Die Schulen würden von Lehrern, Schülern und Eltern gemeinsam verwaltet und wären vom Ausseerdruck der kapitalistischen Gesellschaft (z.B. Noten, Sitzbelägen) befreit.

Verkehr und Nachrichtenübermittlung (Post) wären öffentliche Aufgaben. Nach einer umfassenden Bedarfsermittlung würde das öffentliche Verkehrsnetz im Nah- und Fernverkehr

weiter ausgebaut, die Benutzung kostenlos. In Ballungsgebieten würde die Unterhaltung eines privaten Autos dadurch zu einem nutzlosen und überflüssigen Aufwand. Presse, Rundfunk und Fernsehen würde man von der schwachsinigen Reklame befreien können; die wirkliche Pressefreiheit würde beginnen, in der wirklich jeder Zugang zu den Medien erhält und nicht nur eine Handvoll Medien-„Zarten“ wie Burda, Bertelsmann & Co.

Internationale Beziehungen

In den Beziehungen zu den wenig entwickelten Ländern der Erde würde



Durch Einsatz von Robotern könnte die Arbeitszeit auf weniger als 6 Stunden täglich verkürzt werden.

Baugewerbe Tummelplatz frühkapitalistischer Ideen

Am 31.12.87 wurde der Tarifvertrag für das Baugewerbe gekündigt. Am 28.3.88 kam es zu einer Einigung, nachdem die Unternehmer ihren Widerstand gegen die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich aufgegeben hatten.

Die Einigung für das Baugewerbe:
ab 1. April 1988 3,6%
ab 1. April 1989 3,3%
ab Januar 1990 2,6%

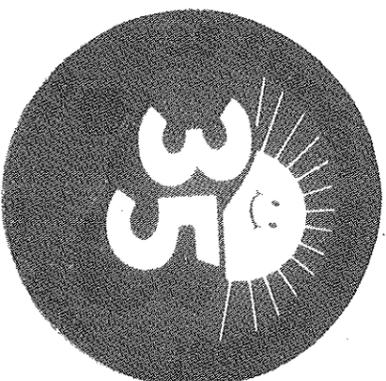
Das Verhandlungsergebnis sieht vor, daß die Wochenarbeitszeit am 1. Januar 1990 auf 39 Stunden bei vollem Lohnausgleich gekürzt wird. Die Verkürzung der Wochenarbeitszeit wurde bei den ersten Gesprächen der Vertragspartner noch ausgeklammert. Die BSE, die die Arbeiter im Baugewerbe gegen die Arbeitgeberinteressen vertritt, fragte erst einmal bei der Basis in den Ortsverbänden nach, ob Bedarf

an einem Schritt zur 35-Stunden-Woche auch bei den Bauarbeitern besteht. Der Ruf dieser in den Ortsverbänden organisierten Bauarbeiter für eine Verkürzung der Wochenarbeitszeit zeigt, daß die Kollegen im Baugewerbe ihre Lage erkennen – trotz der schlechten Bezahlung, die die Kollegen zwingt, Überstunden abzuleisten, um die Familie zu ernähren; trotzdem der Drohung der Baukapitalisten, rigorose Masseneintlassungen durchzuführen.

Mit der schlechten Auftragslage des Schlechtwetterzeitraumes im Winter und der verstärkten Konkurrenz ausländischer Billiganbieter versuchen die Arbeitgebervertreter, die Interessen der Arbeiter im Baugewerbe zu untergraben. Diese hatten schon den Verlust der Vorruststandsregelung hinnehmen müssen, welche vom Ko-

ein grundlegender Wandel einträte: Nicht mehr die Profit- und damit Machtinteressen der herrschenden Klassen hier und dort würden den Handel bestimmen, sondern die Bedürfnisse der Massen nach ländlicher und industrieller Entwicklung.

Alle diese und noch viele andere Möglichkeiten bietet der Sozialismus, doch wir bekommen sie nicht automatisch oder von den Kapitalisten geschenkt. Nur wir selbst können die Gesellschaft verändern, und dazu müssen wir in der Arbeiterbewegung uns rechtzeitig mit einem bewährten Programm bewaffnen, mit dem Marxismus.



stenfaktor her gesehen gleichbedeutend mit einer 36-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich ist. Diese Regelung war schon eine gewisse Erleichterung für die Schwerstarbeiter am Bau gewesen, deren Arbeit durchaus mit der eines Kumpels unter Tage vergleichbar ist.

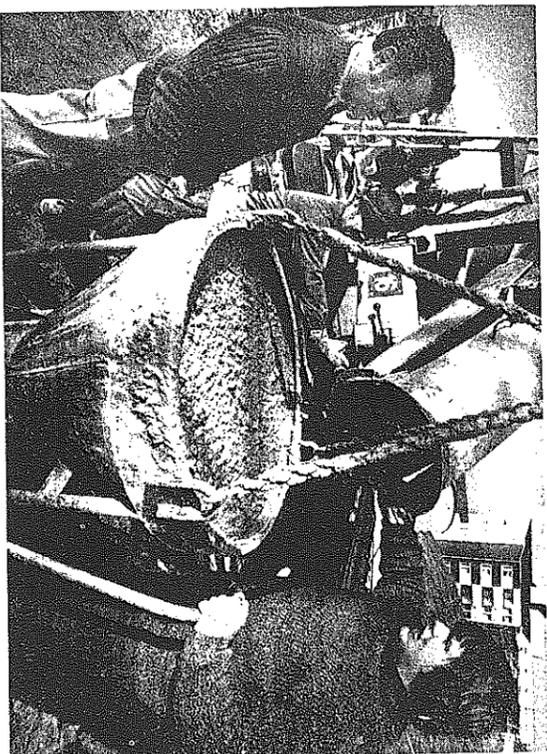
Das Baugewerbe ist ein Tummelplatz frühkapitalistischer Ideen. Das zeigt sich auch in den Aktivitäten der christlichen Gewerkschaften. Diese handeln zum Beispiel für Beschäftigte im Reinigungshandwerk Lohnhöhungen aus, die für die betroffenen Arbeiter einen Stundenlohn von 5,50 DM bedeutet hätte. Dieser Beschluß wurde selbst vom Bundesarbeitsgericht für nichtig erklärt.

Staatliches

Beschäftigungsprogramm

Die Jugend der BSE hat jedoch klar erkannt, daß die Handlungsfähigkeit des Bauarbeiters nur bei Einführung der 35-Stunden-Woche ohne Lohnverzicht verbessert werden kann. Sie forderte z.B. in einem Initiativantrag die Vertreter der Gewerkschaften einstimmt auf, größere Schritte zu erzielen als eine 39-Stunden-Woche, die ein Signal sein kann, keinesfalls jedoch die schlimme Lage des Bauarbeiters nur durch ein staatliches Beschäftigungsprogramm gesichert werden. Deswegen fordert die BSE ein öffentliches Investitionsprogramm gegen die Verelendung der Bauarbeiter.

Benjamin Bergk
BSE-Jugendvorsitzender Köln



Schlechte Bezahlung, viele Überstunden, körperliche Schwerstarbeit: Die Arbeitszeit für Bauarbeiter muß drastisch verkürzt werden – natürlich bei vollem Lohnausgleich!

Kim Ogenoorth, Aachen
JungsozialistIn

Der Kommentar

Lafontaine-Diskussion

Wo kein Wille ist, ist auch kein Weg

In einem Punkt scheinen sich Kritiker und Befürworter der Lafontaine'schen Thesen einig: „Gut, daß er die Frage Beseitigung der Arbeitslosigkeit in die öffentliche Diskussion gebracht hat.“

Welch ein Armutszeugnis für die SPD-Führung! Weil sie nicht in der Lage ist, ein Programm anzubieten, das die bestehenden Probleme im Interesse der Arbeiter und Angestellten lösen kann, sollen wir schon froh sein über Vorschläge, die bestenfalls dazu beitragen, Vorräte zu schützen – Vorräte, die den Herrschenden dazu dienen, das Bewußtsein und den klaren Blick auf ihre Verantwortung zu vernebeln und die Arbeiterklasse zu spalten.

Dankbar wird zugegriffen: Nach der Titelgeschichte mit dem Tenor: „Die faulen fetten deutschen Arbeiter“ bringt der STERN nun die Ausgabe: „Die Deamten, Schmarotzer der Nation“.

Beamtenbesoldung

Zwar hatte die ÖTV-Vorsitzende Wulf-Matthes den Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst noch schnell unter Daach und Fach gebracht, aber es gab doch noch ein Schlupfloch, durch das Ionfontaines Ideen einen Teil der Beschäftigten bei Bund, Ländern und Gemeinden erwische: Die Regelung der Besoldung von Beamten.

Hessens Ministerpräsident Wallmann griff dankbar auf die Vorräte des SPD-Vize zurück und lehnt Arbeitszeitverkürzung für die ihm unterstellten Beamten ab. Zwar steht er damit im Augenblick noch allein – aber das könnte sich schnell ändern. Denn es wäre durchaus möglich, daß – außer dem Saarland – noch andere Länder mit finanziellen Schwierigkeiten auf diese Einsparungshilfe zurückgreifen.

Steuerreform

Auf den ersten Blick erscheint es ja auch logisch: Kürzt man die Gehälter der jetzt Beschäftigten, so kann man von dem eingesparten Geld neue Leute einstellen. Allerdings: Die Ursache für die Finanzmisere liegt nicht in zu hohen Löhnen, sondern in den Kosten der Arbeitslosigkeit, der Steuerreform der Bundesregierung und hohen Ausgaben zum Beispiel für Militär, Atomprojekte oder auch Prestigebauten von Ländern und Kommunen.

Das neueste Beispiel landesherrlicher Prunksucht findet sich ausgerechnet im Saarland. Dort kaufte die Landesregierung für 15 Millionen DM (die Verschuldung beträgt 10 Milliarden DM!) eine Villa in Paris, die nach der weiteren Investition von 5 Mio. DM an die landeseigene Gesellschaft zur Förderung der Wirtschaft vermietet werden soll.

Man darf sich auch nicht täuschen lassen von Lafontaines Ausdruck „Besserverdiener“, denen er ans Portemonnaie will. Ginge er zuerst davon aus, daß diejenigen, die mehr als 5000 DM brutto verdienen, zu dieser bevorzugten Schicht gehören, so korrigierte er sich später und setzte die Grenze bei 3500 DM brutto an. Das heißt, betroffen wären alle, die ca. 2000 DM netto nach Hause bringen – und das ist fast der Durchschnitts-Verdiener!“

Statt den einfacheren Weg zu nehmen und den Beamten in die Tasche zu greifen wäre es nötig, gegen die Steuerreform zu mobilisieren!

„Linke“ kapituliert

Die SPD-Führung (einschließlich der „Linken“) kapituliert vor der Krise des kapitalistischen Systems. Das wird ganz deutlich in einem Zitat aus dem VORWARTS vom 2. April 1988: „Und, wenn wir schon regieren müssen“, wobei die Betonung auf „müssen“ lag, werde die SPD, so Lafontaine, wegen der dann wirksamen Steuerreform mit ziemlich leeren Händen dastehen: Ein zusätzlicher Grund, beim Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit nicht ausschließlich auf die staatliche Handlungskompetenz zu setzen.“ Als gäbe es keine Möglichkeit zur Gegenwehr?!

In einer vergleichbaren Situation hat es der Labour-Stattdar in Liverpool geschafft, über ein öffentliches Investitionsprogramm (vor allem im Wohnungsbau) mehr Menschen im öffentlichen Dienst zu beschäftigen und das ohne Kürzung der Gehälter! Welche Möglichkeiten bestünden da erst in der Bundesrepublik, mit einer Reihe SPD-regierter Städte und sogar Länder!

Gemeinsame Aktion nötig

Die Liverpooler Stadträte allein konnten Thatcher nicht in die Knie zwingen. Eine gemeinsame Aktion aller SPD-regierten Länder wäre sehr wohl in der Lage, die Regierung Kohl ein Ende zu bereiten.

Allerdings bedarf es dazu eines klaren Programms, das die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertritt und auf dem diese Mehrheit dann auch mobilisiert werden könnte. Und es bedarf des Willens, den notwendigen Kampf aufzunehmen.

Nichts von alledem scheint augenblicklich in der SPD-Führung vorhanden zu sein.

VORAN

zur sozialistischen Demokratie

Überregionale marxistische Zeitung
für Jusos, SPD, Falken und Gewerkschaften

Erscheint seit Dezember 1973

Herausgeber: VORAN zur sozialistischen Demokratie e.V.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Gerd Öflinger

Redaktionsanschrift:

VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1

Telefon 0221/134504

Bankverbindung: PGifera Essen, Konto-Nr. 2500 59-430

Druck: Blitz-Druck GmbH, Heegerstr. 26-28, 4300 Essen 11

„Glasnost“ in der DKP? Die DKP im der Klemme

Seit einigen Monaten gibt es Gerüchte und vereinzelte Berichte über eine Krise in der Deutschen Kommunistischen Partei. Innerhalb der Partei wird neuerdings sogar diskutiert, Was sind die Ursachen für die offenkundigen Schwierigkeiten dieser Partei?

Die KPD wurde Ende 1918 unter der Führung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg im Zuge der revolutionären Kämpfe nach dem ersten Weltkrieg gegründet. Die Geschichte der KPD ist verbunden mit heldenhaften Kämpfen der Arbeiterklasse, aber auch mit einer ganzen Serie politischer Fehler. Mit dem Aufstieg der Stalin-schen Bürokratie in Sowjetrußland sank die KPD immer mehr zum außenpolitischen Instrument der privilegierten Funktionskaste im Kremel herab und manövrierte sich trotz anfänglicher Unterstützung durch einen Teil der Arbeiterschaft ins politische Abseits. Das Parteiverbot 1956 auf dem Höhepunkt antikommunistischer Hysterie während des Kalten Krieges traf eine innerlich ausgehöhlte Partei.

Für die meisten Arbeiter waren die Ostblockstaaten und die DDR eben nicht die überzogene Alternative zum Kapitalismus. Durch ihre bedingungslose Unterstützung aller Maßnahmen der Ostblockbürokraten isolierte sich die KPD – und nach der Wiederzulassung 1968 als DKP – immer mehr. In den Augen der KPD/DKP war die Bewegung der Arbeiter am 17. Juni 1953 ein „faschistischer Putsch“, „Solidarnose von „CIA-Agenter gesteuert und konterrevolutionär“. Die Partei unterstützte auch die Niederschlagung der ungarischen Revolution 1956 und den Einmarsch in die CSSR 1968.

Gorbatschow-„Reformen“

Ohne Arbeiterdemokratie ist eine Weiterentwicklung der Planwirtschaften nicht möglich. Das steht jetzt auch die Kremlbürokratie und sucht einen Ausweg aus diesem Dilemma, indem sie gewisse Öffnungen zugesteht und gleichzeitig ihre Kontrolle aufrechterhalten will. Die DKP unterstützt natürlich diesen Kurs, zumindest in Worten. Alles das, was heute an Mißständen des sogenannten „realen Sozialismus“ offen dargestellt wird, wäre vor Kurzem noch als „antkommunistische Propaganda“ bezeichnet worden. Mittlerweile gehört Glasnost (Offenheit) auch zum guten Ton in der DKP. Und plötzlich kommt die lang ange-staute Unzufriedenheit der Mitglieder

über die Erfolglosigkeit der Partei hoch. Plotzlich, so hört man, stecke die DKP in der Krise.

DKP politisch gescheitert

Seit Jahren stagnieren die Mitgliederzahlen der DKP bei 40.000. Wahlerfolge bleiben aus. Im Versuch, eine sozialistische Alternative zur SPD aufzubauen, ist die DKP gescheitert. Selbst eine zeitweilige Unattraktivität und politische Fehler der SPD haben



Herbert Mes, Vorsitzender der DKP. Die Partei hat immer recht!

der DKP keinen Zulauf verschafft. Die DKP existiert als kleine Partei am Rande der Arbeiterbewegung.

Es kann auch keine Rede davon sein, daß die DKP ein konsequentes sozialistisches Programm für die BRD vertritt. Sie kämpft für eine „antimonopolistische Demokratie“ als Etappe auf dem Weg zum Sozialismus, d.h. Arbeiter und kleine Kapitalisten sollen gemeinsam gegen das Monopolkapital kämpfen. Das bedeutet die politische Unterordnung unter Teile des Kapitals auf Kosten von Arbeitertressen. Zu zahlreich sind auch die opportunistischen Sünden der DKP, die in der Friedensbewegung, wo eine klare sozialistische Identität dem Bündnis mit bürgerlichen Kräften geopfert wird.

Als das Durchbrennen des Atomreaktors in Tschernobyl als „Havarie bei Kiew“ verharmlost wurde, regte sich

Landtagswahl in Schleswig-Holstein

Ein sozialistisches Programm für die absolute Mehrheit!

Die Barschel-Affäre hat gezeigt, zu welchen Mitteln die Christ-,Demokraten“ greifen, wenn ihre Kürzungspolitik keine Mehrheit mehr findet. Doch der Skandal ist aufgefliegen, jetzt müssen wir dem Barschel-Nachfolger Hoffmann zeigen, daß wir nichts vergessen haben.

Die Barschel-Affäre war auch eine CDU-Affäre, in trauriger Zusammenarbeit mit Kapital und der in Schleswig-Holstein übermächtigen Rechtspressen. Nach 37 Schwarz-Filz-Jahren bräuchen wir jetzt eine SPD-Alleinregierung!

Krise des Kapitalismus

Schleswig-Holstein spürt die Krise des Kapitalismus besonders hart. Der Pleitegeier über jedem zweiten Bauernhof, das durch die Umweltschöpfung gefährdete Touristengewerbe und das Werteversterben erzeugen eine überdurchschnittlich hohe Arbeitslosigkeit. Hinzu kommen Skandale wie die Abwicklung von Atomtransporten über Lübeck nach Schweden und die Giftmülldeponie Schönberg. Gerade

Kritik, besonders im mitgliedersarken Bezirk Hamburg, Andreas Müller-Goldenstedt, ehemaliger Streikführer bei der HDW-Besetzung, beschreibt die Auswirkungen von Glasnost in der DKP. „Die Genossinnen, die jetzt lesen, daß es in der Sowjetunion Kriminalität gibt, Mangelersetzungen, undemokratische Verhältnisse im Justizbereich, Schamperei in den Betrieben, die Fragen sich natürlich, was sie all die Jahre einfach geglaubt und behauptet haben. Da gibt es jetzt zwei Möglichkeiten: Entweder jemand sagt, ich finde mich überhaupt nicht mehr zurecht oder aber: Jetzt will ich aber klar Schiff machen.“ (taz, 6.10.87)

Fragen der Mitglieder

Eins ist klar: Die Mitglieder und Aktivisten der DKP, die der Partei beigetreten sind, um eine sozialistische Veränderung in der BRD herbeizuführen, sind furchtbar betrogen worden. Ihre Erwartungen wurden nicht erfüllt und sie fordern jetzt Erklärungen. Doch die Parteispitze steht voll und ganz in der stalinistischen Tradition, d.h. unterdrücken und ausschalten von Kritikern. Funktionsverbote und Ausschluss sind in der DKP beliebige Mittel, um eine unerwünschte Diskussion abzuwürgen.

Der Parteivorstand sieht die Sache ganz einfach: „Die These vom krisenhaften Zustand der Partei ist falsch.“ Wegen zahlreicher Austritte und deren Breite des Unmut in der Mitglieder-Schaft wird jetzt eine begrenzte Diskussion zugelassen, z.B. über die Bündnisfrage bei Wahlen, Strukturveränderungen in der Arbeiterklasse oder ein Programm „Global 2000“. Doch alle Entscheidungen fallen oben. So hatte der Hamburger Bezirk bei der letzten Bürgerschaftswahl zur Stimmbgabe für die GAL aufgerufen wollen. Höheren Ortes wurde jedoch eine eigene Kandidatur verordnet. Wozu dient dann überhaupt eine parteiinterne Diskussion, wenn sie keine Auswirkung auf die Politik der Partei hat?

Zum Teil werden in der Diskussion grundlegende Ideen des Marxismus aufgegeben. In der UZ (die selbst vor Mitgliedern wenig gelesene Tageszeitung der DKP) schrieb Adrian Servetung die Arbeiterklasse als fest formierte Gruppe gibt es nicht mehr. (14.10.87) In der BRD stehen wir vor einer ganzen Reihe von entscheidenden Klassenkämpfen. Alle Ideen werden auf die Probe gestellt. Es ist sicher, daß der Marxismus innerhalb der Arbeiterbewegung wieder große Unterstützung gewinnen wird. Dies wird nicht zu einer Stärkung der DKP führen, sondern zur Wiederbelebung sozialistischer Ideen in der SPD. Verschwärter Klassenkämpfe führen zur Entwicklung des Klassenbewußtseins und zur Linksentwicklung in der SPD. Marxisten und Sozialisten haben deshalb ihren Platz in der SPD.

Leo Schiffer, Köln
Jungsozialist

Wichtig ist ebenfalls, daß die SP massiv gegen die faschistischen Spielarten parieren, die sich zur Wahl angemeldet haben, auftritt. Das Bremen Ergebnis für die „Liste D“ darf sich Schleswig-Holstein nicht wiederholen! Die Alternative zum CDU-Karrier-Filz zur Wirtschafts- und Umwelt-Krise, liegt nicht im Ausländerhass sondern im Kampf gegen kapitalistische Mißwirtschaft und bürokratische Herrschaft. Soziale Errungenschaften und demokratische Rechte sind in dann sicher, wenn die Mächt der Wirtschaftsbosse gebrochen ist. Die Wirtschaft ist nur dann krisenfrei, wenn die Bedürfnisse der Menschen geplatzt wird.

Mit diesem Programm wird die Jusos-AG Kücknitz Wahlkampf für die SPD machen. Wir hoffen, im Verlaufe des Wahlkampfes noch weitere jugendliche zu gewinnen, die uns helfen die SPD Klassenkämpferisch und sozialistisch instanzdubsetzen.

Pucki Wulf

Sprecher Jusos-AG Lübeck-Kücknick

125 Jahre SPD

AUS DER GESCHICHTE LERNEN!

Am Pfingstmontag feiert die SPD Geburtstag. Am 23. Mai 1863, vor 125 Jahren, wurde der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet. In der Tat kann die SPD mit Stolz auf ihre lange Tradition zurückblicken. Bis weit in unser Jahrhundert hinein war die SPD die bestimmende Arbeiterpartei Europas. Zu Zeiten, da die Arbeiterparteien anderer Länder noch kaum in der Gründungsphase waren, konnte die SPD den Kapitalisten schon große Zugeständnisse abtrotzen: Verbot der Kinderarbeit, Arbeitsschutzgesetze etc.

Kurz vor dem ersten Weltkrieg hatte die SPD 4 1/4 Millionen Mitglieder (heute weniger als 1 Mio.), gab 90 Tagessetzungen heraus, die 1,4 Millionen Abonnenten hatten, und verfügte über 15.000 hauptamtliche Mitarbeiter. Das Ansehen der damaligen SPD wird bei Rosa Luxemburg klar: „Aber die deutsche Sozialdemokratie war nicht bloß der stärkste Vortrupp, sie war das denkende Hirn der (sozialistischen) Internationale (...) Mit blindem Vertrauen ergab sie sich der Führung der bewundern, mächtigen deutschen Sozialdemokratie: Diese war der Stolz jedes Sozialisten und der Schrecken der herrschenden Klassen in allen Ländern. (...) Ja, gerade in den Fragen des Kampfes gegen den Militarismus und den Krieg trat die deutsche Sozialdemokratie stets entschieden auf.“

Illusionen
Der lange Aufschwung Ende des 19. Jahrhunderts hatte aber zu Illusionen in die Reformierbarkeit des Kapitalismus und zur Versöhnung mit dem Klassengegner geführt. Am anfänglichen für diese „Sozialpartnerschaft“-wsten die hauptamtlichen Funktionäre und Abgeordneten. Sie verdienten diese „Berufsozialisten“ hatten mehr zu verlieren als ihre Ketten und verlor die Revolution. Durch die Unterstützung des ersten Weltkrieges kam diese Entwicklung mit einem Knall allen vor Augen. Das einstige „Juwel der Organisation des klassenbewußten Proletariats“ war der internationalen Arbeiterbewegung in den Rücken gefallen.

Nach dem ersten Weltkrieg räumte die SPD-Führung dann nicht etwa mit den Kapitalisten auf, sondern tat alles, um die Arbeiter von der Revolution abzuhalten und diese scheitern zu lassen. Durch ein klares sozialistisches Programm hätte die SPD den Kapitalismus ein für allemal abschaffen können. Stattdessen kam zehn Jahre später der Rückfall in die Barbarei mit dem Faschismus und dem 2. Weltkrieg.



Ferdinand Lassalle, Begründer des ADAV: Hoffnungen in Produktionsgenossenschaften

Die Entwicklung der Nachkriegszeit schien die SPD-Führung erst zu bestätigen, daß es richtig war, den Kapitalismus wiederaufzubauen. Der lange Nachkriegsaufschwung hob unerseren Lebensstandard auf nie gekannte Höhen. SPD-Regierungen hatten maßgeblichen Anteil an der Durchsetzung von Sozialreformen und demokratischen Rechten.

Reformen

Doch heute ist der immerwährende Aufschwung als Traum entlarvt. Der Kapitalismus ist heute nicht mehr fähig, sich weiterzuentwickeln. Die Menschheit sieht sich mehr denn je bedroht – Massenarbeitslosigkeit, soziales Elend, Umweltzerstörung, Kriegsgefahr.

Wir stehen heute, genau wie Friedrich Engels voraussagte, vor der Wahl,

entweder Triumph des Imperialismus und Untergang jeglicher Kultur, wie im alten Rom, Entvölkerung, Verödung, Degeneration, ein großer Friedhof, oder Sieg des Sozialismus. Dieses Wort Rosa Luxemburgs wird immer aktueller.

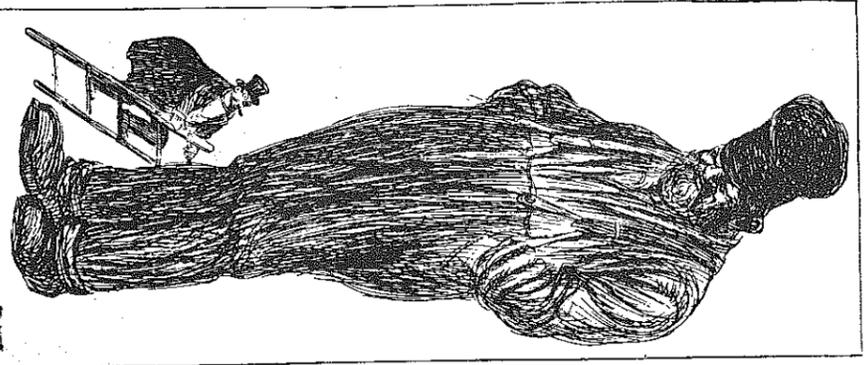


Schnell entwickelte sich die SPD – trotz Verfolgung und Verbots – zur Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse.

Bernstein
Doch leider benutzt die Parteiführung das Jubiläum, um die derzeitige Politik des Krisenmanagements zu rechtfertigen. Auf der Suche nach Wurzeln in der Geschichte greift die Parteiführung vor allem auf Lassalle und Bernstein zurück.

Zwar wird Bernstein, der Begründer des Reformismus, von Willy Brandt als „Urahn des Godesberger Programms“ gewürdigt, doch entspricht dies kaum der wirklichen Politik Bernsteins. Seine Anpassung an die bestehenden sozialen Verhältnisse blieb weit hinter der von Godesberg zurück. 1915 lehnte er gemeinsam mit den Linken weitere Kriegskredite ab und ging 1917 in die USPD. Nicht zu vergessen auch, daß Bernstein mit seinem Minimalforderungen im Erfurter Programm nur den revolutionär ausgerichteten Teil ergänzte.

Bis nach der Jahrhundertwende stand die SPD fest auf den Säulen des



„Wenn der Lärmel so weiterwächst, werde ich ihm bald gar nicht mehr in die Tasche greifen können!“

Marxismus. Lassalle, der Begründer des ADAV, sah sich selbst als Schlichter von Marx und Engels.

Lassalle

Jedoch waren seine Versuche, die Lehren der beiden auf die wirtschaftlich und politisch relativ rückständigen Verhältnisse in Deutschland zu übertragen, nicht immer von Erfolg gekrönt. Durch seine Theorie, daß alle Klassen außer der Arbeiterklasse, eine reaktionäre „Masse“ seien, schloß er den ADAV von jeglichen Wahlbindnissen aus und isolierte ihn. Gerade an der liberalbürgerlichen Fortschrittspartei waren damals noch viele Arbeitervereine orientiert, die leicht für den ADAV hätten gewonnen werden können. Als einzigen Ausweg aus seinem von Marx glänzend widerlegten – öther-

nen Lohngesetz, das größere Lohnsteigerungen praktisch für unmöglich erklärte, sah er stattdlich unterstützte Produktionsgenossenschaften. Eine Idee, die noch heute in der deutschen Sozialdemokratie verbreitet ist.

Trotz gelegentlicher Fehltritte, etwa daß er Bismarck ein „soziales Königtum“ schmackhaft machen wollte, trotz der scharfen Kritik, die Marx an ihm übte, hat Lassalle „in Deutschland (...) durch seinen Kaiserschnitt die Arbeitererschaft von der Bourgeoisie losgetrennt und ihr das gegeben, was ihr von nun an als Panzer in allen späteren Kämpfen dienen sollte: eine selbständige politische Parteiorganisation mit einem fruchtbareren, lebendigen, politischen Aktionsprogramm.“ (Rosa Luxemburg zum 50. SPD-Jubiläum)

Olivenskanal

Hauptsache, die Kasse stimmt!

Ende März 1988 ging erneut ein Lebensmittelskandal durch die Presse: In kaltegepressten Olivensäften aus Mittel- und Ostdeutschland wurde nach einem Bericht der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ u.a. die Chemikalie Perchloräthylen (PeA) entdeckt. Dieser als Lösungsmittel und Reinigungsmittel verwendete Stoff kann schwere Leber-, Nieren- und Milzschäden verursachen und stellt im Verdacht, hochgradig krebserregend zu sein.

Diese politische Maßnahme hätte, angesichts der unzähligen Lebensmittelskandale der letzten Zeit, schon erheblich früher getroffen werden müssen, da es doch ganz offensichtlich im Interesse der Allgemeinheit liegt, den Schutz vor gesundheitsgefährdenden Schadstoffen in Lebensmitteln so effektiv wie möglich zu gestalten bzw. solche Vorkommnisse völlig zu verhindern.

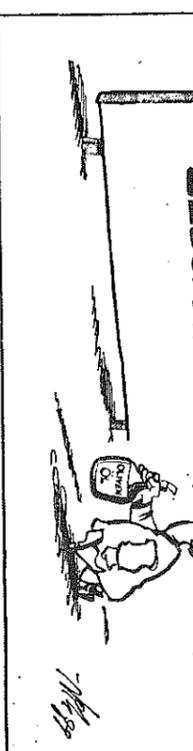
Nicht Gesundheit – Profit zählt!

Warum passieren solche Sachen dennoch? In einem kapitalistischen Wirtschaftssystem werden Lebensmittel nicht erzeugt, um dem Bedürfnis der Bevölkerung nach gesunder, vollwertiger Nahrung nachzukommen, sondern um einen möglichst großen Profit mit der Erzeugung dieser Lebensmittel zu erwirtschaften. Ob bei der Produktion dann Hygienevorschriften etc. eingehalten werden,

Es dauerte jedoch, selbst nach Bekanntheit dieser Tatsache, tagelang, bis die Namen der mit der kreisverdränglichen Chemikalie versuchten Olivensäfte der Öffentlichkeit bekanntgegeben wurden, obwohl Tests offensichtlich schon vorher durchgeführt wurden.

Erst seit 1. April dieses Jahres gibt es eine Verordnung über Höchstgehalte an Schadstoffen in Lebensmitteln, die es der amtlichen Lebensmittelüberwachung in der Bundesrepublik (erstmal) erlaubt, bundeseinheitliche, an wissenschaftlichen Erkenntnissen ausgerichtete Werte zur Beurteilung von Lebensmitteln heranzuziehen.

DER BUNDESGESUNDHEITSMINISTER:
ESSEN UND TRINKEN
GEFÄHRDET IHR
GESUNDHEIT.



Angesichts der zunehmenden Verfolgung der Sozialdemokraten verließen sich beide Flügel 1875 in Göttingen. Wenn auch das Göttinger Programm wegen seiner vielen Zugeständnisse an die rückständigen Schichten der Arbeiterklasse von Marx und Engels heftig kritisiert wurde, durch die Vereinigung war der Grundstein zur Entwicklung zur Massenpartei der deutschen Arbeiterklasse gelegt.

Massenpartei

Wenn wir jetzt den 125. Geburtstag dieser Partei begehen, dann dürfen wir über allen Festreden und Feierlichkeiten nicht vergessen, kritische Rückschau auf die Geschichte zu halten und aus dem Vergangenen zu lernen. War es zur Zeit Lassalles ein mächtiger Fortschritt, daß die Arbeiter im Parlament vertreten waren, war dies allein schon ein lebendiges Arbeitsprogramm, eine politische Offensive, so würde heute, wie Rosa Luxemburg zum 50. Geburtstag der SPD schreibt, „das Verharren bei dem Ausbau der Parteiorganisation und bei parlamentarischer Betätigung allein nicht ein Aktionsprogramm der Arbeiterklasse, sondern ein Programm der Passivität, trotz äußeren, ziffernmäßigen Wachstums ein Trippeln auf dem Fleck sein. Die mächtigste Parteiorganisation kann heute nicht Selbstzweck sein, sie muß sich als Hilfsmittel zur revolutionären Mobilmachung der großen Volksmasse bewähren. (...)“

Heute gibt es keinen Lassalle, der mit einer Stimme, die wie Erz tönt, und mit kühnem Arm die deutsche Arbeiterklasse zum Sturm auf die Bollwerke der Klassenherrschaft mitreisen würde. Die Zeit der überragenden Individuen, der kühn vorausweisenden Führer ist vorbei, denn heute ist die Masse selbst berufen, ihr eigener Führer, Bannerträger und Stürmer, ihr eigener Lassalle zu sein. Von den hohen Bergspitzen der Wissenschaft aus sieht man des Morgenrot des neuen Tages früher als unten in dem Gewühl des täglichen Lebens. Was eine Stunde ist in dem Naturschauspiel eines jeden Tages, das sind ein und zwei Jahrzehnte in dem noch weit imposanteren Schauspiel eines weltgeschichtlichen Sonnenaufganges. Lassalle und Marx haben die Arbeiterklasse auf die hohen Bergspitzen der Wissenschaft geführt.“

Kai Ruffoff, Stuttgart
Jungsozialist

hängt von den Kosten ab. Falls dabei gesundheitsgefährliche Stoffe den Einzelnen schädigen, ist dies erstmal völlig unwichtig, solange es niemand wehlt.

Selbst die baden-württembergische Polizei scheint nicht aus, daß in diesem Fall minderwertiges Öl mit dem kaltegepreßten vermischt worden sei, um höhere Preise zu erzielen. Strafverfolgungsmaßnahmen alleine werden nichts nützen, um in Zukunft solche Skandale zu verhindern.

Zwar wird vielleicht gewährleistet sein, daß die Hersteller dieses Olivensäftes nicht weiter herstellen bzw. verkaufen können, jedoch wird es andere geben, die, um ihre Profite zu steigern, genauso skrupellos vorgehen werden. Um eine effektive Kontrolle der Unternehmer zu gewährleisten, fordern wir daher:

- staatliche Kontrollen, deren Ergebnisse auch regelmäßig veröffentlicht werden müßten;
- die Kontrollorgane sollten zusammengefasst sein aus staatlichen Vertretern, Vertretern der Gewerkschaft sowie Vertreter von Verbraucherorganisationen;
- die Kontrollgremien sollten unabhängig Kontrollen durchführen und mit eigenen Kompetenzen ausgestattet sein.

Ulrike Hofmann, Göttingen
Jungsozialistin

Mai 1968 Frankreich vor der So-

1968 war das Jahr der weltweiten Unruhen. Überall garte es. In den USA erreichten die Proteste gegen den Vietnamkrieg ihren Höhepunkt. Martin Luther King, der schwarze Bürgerrechtler, wurde ermordet, und sein Tod löste schwerste Unruhen bei der schwarzen Bevölkerung in den USA aus.

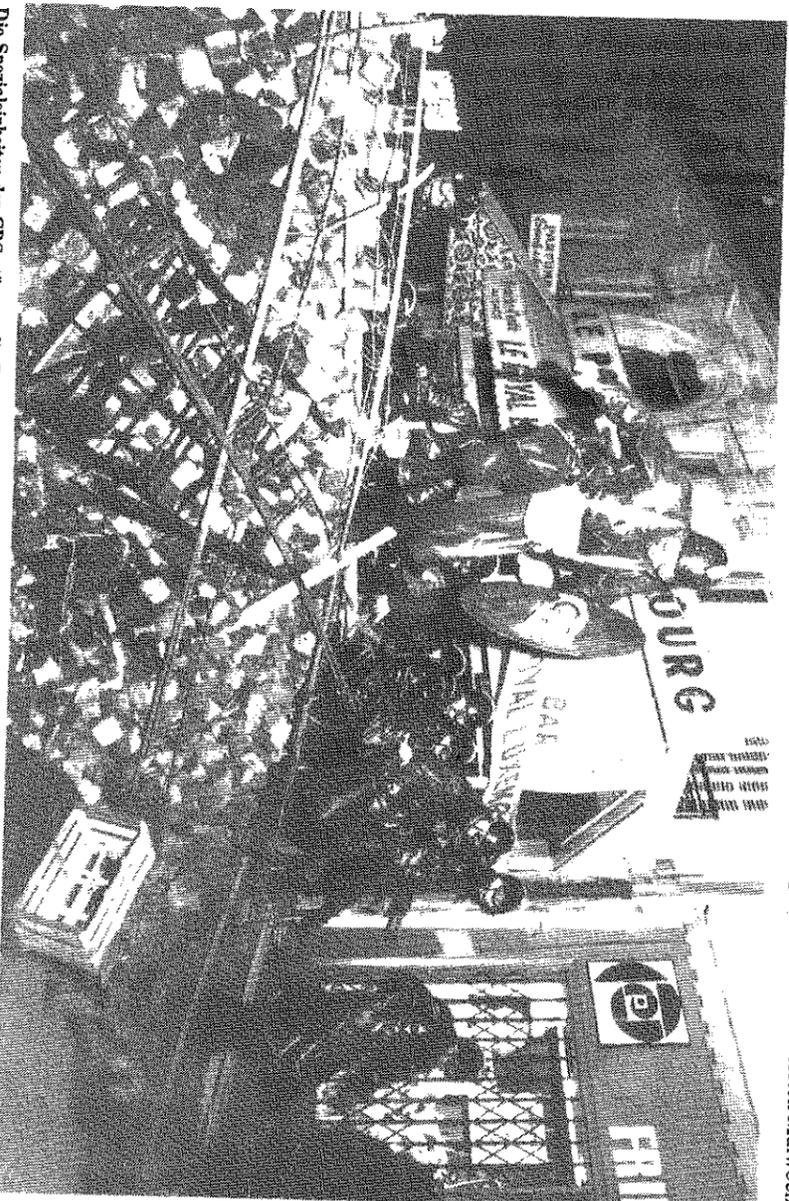
In Deutschland gingen hunderttausende von Studenten auf die Straße, ausgewählt durch den Tod Benno Ohnesorgs und später durch das Attentat auf Rudi Dutschke.

Im August rollten sowjetische Panzer in Prag ein, um die Reformansätze des „Prager Frühlings“ zu ersticken. Frankreich stand sogar für mehrere Wochen vor der sozialistischen Revolution.

Ursache war der soziale Spengstoff, der sich in der zehnjährigen de Gaulle-Herrschaft angesammelt hatte. General de Gaulle kam als vermeintlich starker Mann wegen eines drohenden Militärputsches zur Macht. Frankreichs Lage stabilisierte sich in seinen ersten Regierungsjahren auf dem Rücken der Arbeiter und der Jugend.

Sozialer Spengstoff

Frankreichs Arbeiter waren nach den Italienern die am schlechtesten verdienenden und die am längsten arbei-



Die Spezialeinheiten der CRS stürmen die Barrikaden. Anwohner bieten Studenten und Arbeitern Schutz - trotzdem verlieren nach und nach einige Leute bei den Tränengasangriffen ihr Augenlicht.

tenden in der EWG (jetzige EG). In den zwei Jahren vor der Mai-Revolution mußten sie Reallohnverluste hinnehmen. Das Heer der Arbeitslosen schwoll auf 800.000 an, von denen jeder vierte unter 25 Jahre alt war. Ein Viertel der jungen Arbeiter besaß keinen Dauerejob.

Dazu hausten eine Million Franzosen in Slums. Der SPIEGEL berichtete, daß 10.000 Prostituierte mehr auf den Pariser Strich gingen, als im Sommer 67, davon die Mehrheit Teenager. Die deutliche Zunahme von Streiks und die knapp gewonnenen Parlamentswahlen im März 67 alarmierten die Bourgeoisie. Der linke Flügel der Gaullisten drängte auf eine Sozialreform. Präsident de Gaulle kündigte auch mehrmals eine an. Solche Vorhaben putzte die rechte Mehrheit mit folgenden Worten des ehemaligen Prokuristen des Großbankiers Rothschild) Ministerpräsidenten Pompidou unter: „Mit gehen diese Sozialschwärmer auf die Nerven.“

Studentenunruhen

Die französischen Studenten blieben im Gegensatz zu ihren deutschen Kommilitonen ruhig. Das Pariser Blatt „Aurore“ jubelte angesichts der deutschen Studentenunruhen im Februar 68 noch: „Das blieb uns erspart.“ Doch zu früh gefeiert: Auch unter französischen Talarnten steckte der Muff von tausend Jahren.

Im April demonstrierten 10.000 Stu-

Land demonstrierten jetzt Arbeiter mit 3000 Werkzeuge gegen in Marseille für die Studenten auf die Straße.

In der Nacht vom 10. auf den 11. Mai erreichten die Straßenschlachten ihren Höhepunkt. Alleine im Pariser Studentenviertel, dem Quartier Latin, werden 60 Barrikaden gezählt. Zehntausende Arbeiter und Studenten kämpften gegen die CRS. Ministerpräsident Pompidou kehrte von einem Staatsbesuch zurück und macht Kompromißvorschlüsse. Danach brennt fast die gesamte französische Arbeiterklasse darauf, zu kämpfen. Ein Arbeiter erklärte dem Korrespondenten der Times: „Zuerst kamen die Studenten, sie lösten den Funken aus. Sie zwangen die Regierung zu Zugeständnissen. Sie gaben uns das Gefühl, weitergehen zu können.“ Nach der Initialzündung der Studenten sprang nun die Lokomotive der Revolution, die Arbeiterklasse, an.

Die KP, damals die stärkste Oppositionspartei und die von ihr geführte größte Gewerkschaft, die CGT, waren gezwungen, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen. In der ersten Maiwoche

Generalstreik

Arbeiter von Sud Aviation besetzten am darauffolgenden Tag ihre Fabrik und sperrten ihren Direktor ein. Sie rufen alle Arbeiter auf, ihrem Beispiel zu folgen. Viele Belegschaften machen das auch. Diesmal wächst eine nicht angerufene Generalstreikbewegung an. Die KP, gegen deren Willen die Besetzungen laufen, ist erneut gezwungen, sich den Aktionen anzuschließen. So führt sie weitere Besetzungen an, damit sie die Arbeiter von den den Studenten und die einzelnen Belegschaften voneinander isolieren kann.

Revolutionäre Stimmung überall

Sie kann aber nicht verhindern, daß die Bewegung über die Industriearbeiter hinausgeht. Torengräber warfen ihre Schaufeln weg und führten nur Notvergrübungen durch. Fußballprofis stimmten ihre Verbandsgelände und hidten die rote Fahne. Liftboys, Köche und Zimmermädchen übernahmen das noble Hotel „Plaza Athènes“. Die Gästse, u. a. König Hussein von Jordanien, durften sich in eine Symphterolle eintragen.

Auch das Striplokal Folis Bergeres wurde bestreikt. Die Polizeigewerkschaft bedauerte, daß man selbst nicht streiken dürfte. Große Teile des Kleinbürgertums wurden von der revolutionären Stimmung ergriffen. Bauern tuckerten im revolutionären Takt zu den Fabriken, um sich mit den Arbeitern zu verbinden.

Es war das erste Mal seit 1789, daß Bauern aktiv für die Revolution eintraten. Acht Millionen auf dem Land lebende Franzosen mußten ihr Wasser aus Brunnen schöpfen. Ein bretonischer Bauer hatte nur das halbe Einkommen eines Hauptstadtwohners. Die armen Bauern und die Masse der Kleinhandlärer und kleinen Handwerker sahen die Arbeiterklasse als die Kraft an, die sie aus den die festschindenden und perspektivlosen Strukturen befreien konnte. Bis zum 20. Mai hatten sich zehn Millionen von 15 Millionen Lohnabhängigen der Bewegung angeschlossen. Dabei zählten die Gewerkschaften nur 2,3 Millionen Mitglieder.

Arbeiterkomitees

In den Fabriken und Wohnvierteln entstanden Aktionskomitees. Es soll über 600 gegeben haben. In einigen Fabriken wird die Produktion unter Arbeiterkontrolle aufgenommen. In Nanterre regiert ein Arbeiter-, Studenten- und Bauernrat. Bons werden dort als Ersatzgeld ausgegeben, die Preise drastisch gesenkt. Lehrer organisieren Kinderkrippen für die Zöglinge der Streikenden. Studenten helfen den unliebgenden Bauern bei der Nahrungsmittelproduktion.

General de Gaulle kehrt vorzeitig von einer Auslandsreise heim und kündigt ein Referendum an, von welchem er seine Zukunft abhängig macht. Die Streikenden nehmen die Antwort vorweg, sie stimmen die Internationale an.

Später wird das Referendumswidrig erklärt. A wieso nicht durchgeführt werden, da sich die belgischen Streikbrecher tel zu drucken.

Im Land werden reates zur Vaterlandsvogelgründer. Ministerprä-



Anders als in der Bundesrepublik Es folgen Betriebsbesetzungen kündigt ein Amnestiegesetz fangenen Studenten an. Aht sen fragen bei Mendes-F-Chef der kleinen, laut SPIEGEL revolutionären Intellektuellen PSU an, ob er nicht Minister werden möchte. De Gaulle vom Mummenschanz auf Der Kopf der Herrschen Kontrolle über Hände und ren.

KP verpaßt Ch-

Im springt jedoch ein u Verbündeter zur Seite. Die stische Partei. Während M Betrieben fragen, ob die Par ist die KP) nicht eine Char verkündet CGT-Generalse KP-Politbüro-Mitglied Se verhandeln nur noch mit und teien! Das tat er auch und Unternehmen in Lohnverh Kurz darauf verkündet er v arbeiten die Ergebnisse. D pfeiten ihn aus und rufen macht“ und „die Macht ih Strasse“. Doch die KP hob s Ständessen forderte sie rands „Block der sozialistis mockratischen Linken“ Neu war die einzige Kraft, die K richtigen Räten hätte um nen, die dann die Versorgu Produktion in Eigenregie h können. Sie hätte sie zusam müssen und eine Regierung das ganze Land repräsentier stellen müssen. Die KP besaß Organisation die Macht daz Ständessen spaltete sie die näre Bewegung durch ihre L rungen. KP-Funktionäre 2000 Studenten zurück, die si Arbeitern von Renault Billm brütern wollten. Das würde, sie, die Staatsmacht provo Lyon beispielsweise hatten A re Studenten zu einer Diskuss laden. KP-Funktionäre finge denken ab und übergaben sie c stischen Polizei (Spiegel, 3.6.68). Aber ein Generalstreik ka ewig andauern. Er ist ein Kampfmittel, aber kein un Mit den Worten der marxistis siker besteht die revolutionäre eines politischen Massenstreik daß er über den Kopf der Unt ihren Staatsapparat desorgan lähmt. Trotzki führte aus: „I und allgemeinere die von ihm führte Anarchie wird, umso

Solidarität der Arbeiter

Die gesamte ORTF-Belegschaft (französische Rundfunk- und Fernsehanstalt) setzt gegen den Willen der Direktion durch, daß von der Demonstration aufgenommene Berichte abends im Fernsehen gezeigt werden. Diese lösen bei vielen, wie ein Arbeiter es formuliert, einen emotionalen Schock aus. Nach Umfragen solidarisierten sich 80% der Franzosen mit den Studenten.

Viele Arbeiter, vor allem junge, identifizieren sich mit den Studenten. Im ganzen Land werden am nächsten Tag Universitäten besetzt und die Schüler treten in den Streik. Wegen drohender Entlassungen streiken die Arbeiter vom Flugzeugwerk Sud Aviation und die Postler für höhere Löhne. Im ganzen



Realistischeren Revolution

der Sieg. Aber nur in einem Falle, wenn diese Anarchie nicht mit anarchistischem Mitteln herbeigeführt wird.“ Genau dies war aber in Frankreich der Fall. Es fehlte die organisierte Kraft, die die große Bewegung auf das Ziel der Machübernahme durch die Arbeiter hingeführt hätte. Das heißt: Es fehlte die konsequente revolutionäre

BRD herangeführte Truppen in Stellung. Einige Belegschaften nahmen das neue Verhandlungsergebnis der Gewerkschaften an. So wurden Zugeständnisse wie die 40-Stunden-Woche und 25% Lohnerhöhungen erreicht. Viele Belegschaften lassen sich von KP-Funktionären täuschen, die ihnen erzählen, die Arbeit sei in den übrigen

Sympathie auf die proletarischen Massen geschaut. Die Bourgeoisie war gespalten und kopflös. Die Arbeiterklasse, die Dampfwalze der Revolution, war bereit, bis zum äußersten zu gehen. Doch der Fahrer, die Kommunistische Partei, steuerte sie bewußt gegen die Leipplanke. Die KP-Führung bewährte sich als Stroßtrupp der Konterrevolution. Nachdem die Tüpfel von Seguy und Waldeck-Rochet die Drecksarbeit für das Monopolkapital geleistet hatten, wurden sie zur Belohnung mit einem Fußtritt bedacht.

Folgen

Nicht nur die Pflastersteine im Quartier Latin sind mit Asphalt überzogen worden, damit man sie nicht so einfach zum Barrikadenbau herausreißen kann. Aus Mitterrands „Union der sozialistischen und demokratischen Linken“ entwickelte sich die sozialistische Partei Frankreichs. Sie wurde 1971 gegründet und konnte sich links von der KP profilieren. 1981 kam sie mit fortschrittlichen Versprechen an die Macht. Weil sie die angegangenen Reformen nicht zu Ende führte, sondern nach einem Jahr die gleiche Kürzungspolitik auf Kosten der Arbeiterklasse und der Jugend vornahm wie zuvor die bürgerlichen Parteien, wurden die Sozialisten im Frühjahr 1986 wieder abgewählt.

Die KP hat in den letzten 50 Jahren die Arbeiter immer wieder enttäuscht und im Stich gelassen. Deshalb hat sie zunächst ihre Position als stärkste Partei der Linken verloren.

Auch die Herrschenden haben die Lektion des Mai 68 verstanden. Die reaktionär-bürgerliche Regierung unter Chirac wollte im Herbst 1986 ein neues Hochschulgesezt verabschieden, das die Lage – besonders der ärmeren Studenten – verschlechtert hätte. Diese Pläne entzündeten den Zorn der Studenten und Schüler. Nachdem ein Protestmarsch von einer Million Schülern und Studenten wieder vom CRS brutal angegriffen wurde und ein Student unter den Prügelhieben starb, waren auch Frankreichs Arbeiter nicht mehr zu hal-

ten. Eine Bewegung vergleichbar mit dem Mai 68 behnte sich an. Die Massen zwangen die Führer der Gewerkschaften CGT und CFDT, einen Generalstreik auszurufen. Diese Drohung reichte aus, die Regierung zu zwingen, den Bildungsminister zu entlassen und das geplante Gesetz fallenzulassen. Daraufhin bliesen die Gewerkschaftsführer den Generalstreik ab.

gegen die Streiks gerichteten Demonstration blies die CGT den Streik ab. Im Augenblick herrscht scheinbar die Ruhe im Land. Man darf sich jedoch hiervon nicht täuschen lassen: Die Widersprüche des Systems, die 1968 und 1986 zu den großen Bewegungen geführt haben, bestehen weiterhin. Die Verschlechterung der weltwirtschaftlichen Situation wird auch Frankreich nicht verschonen. Der Mai 1968 hat gezeigt: Sehr schnell kann der Unmut der Bevölkerung in große Bewegungen umschlagen. Die Erfahrungen, die 1968 gemacht wurden, werden der französischen Arbeiterklasse von großem Nutzen sein.

Frank Habermann, Köln
Jungsozialist

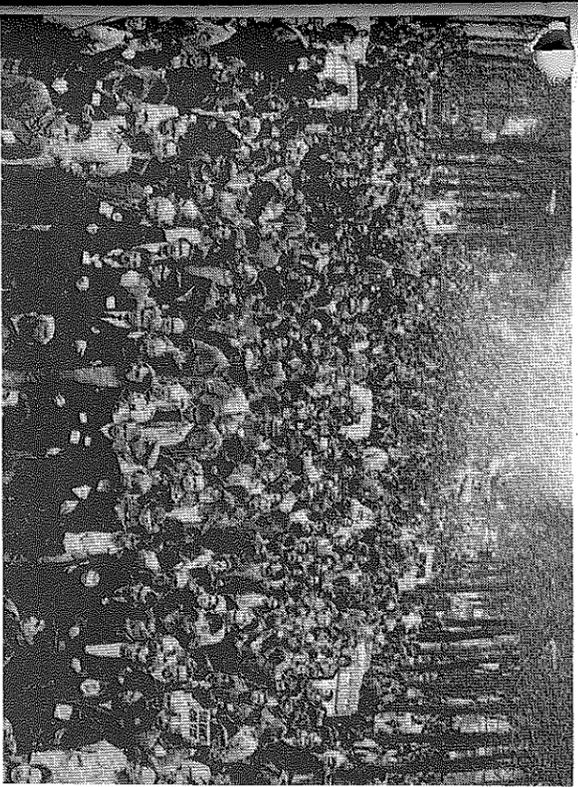


Die Arbeiter mit den Studenten. Es bleibt nicht bei Demonstrationen. wurden von Arbeiterkomitees geführt.

Fabriken wieder aufgenommen worden.

Nicht alle Belegschaften geben so einfach auf. Unter anderem wird das Peugeot-Werk bei Paris mit Panzerunterstützung angegriffen. Ein Arbeiter und ein Schüler sterben. 1500 werden abgeführt. Darauf brechen die Kämpfe von neuem auf. Doch der Staat reagiert sofort. 11 radikale Organisationen werden verboten und ein Demonstrationsverbot bis zur Beendigung der Wahlen verkündet.

Die KP protestiert noch nicht einmal



November 86: Eine Million Schüler, Studenten und Arbeiter demonstrieren in Paris gegen die Regierungspolitik und gegen das brutale Vorgehen der Polizei-Sondereinheiten.

am 28. Mai noch einmal 800.000 Menschen in Paris. Aber die Konterrevolution wittert Morgenluft und ruft zu einer Massendemonstration auf.

Plötzlich wendet sich das Rad noch einmal. De Gaulle wird vom Radio für vernünftig erklärt. Er verschwand nach Baden-Baden, um sich der Loyalität der in Deutschland stationierten Truppen zu versichern. Abends, nachdem er wieder aufgetraucht war, demonstrierten Hunderttausende seiner Anhänger. Der SPIEGEL: „Gut gekleidete Damen reifen. Renault soll malochen“, Kriegsveteranen skandierten „Kommunisten an den Pfahl“ und Mädchen in Chantel-Kostümen verlangten „Cohn-Bendit (aus Deutschland stammender damaliger Führer der Studenten) nach Dachau“.

Um Paris herum gingen jetzt aus der

dagegen. Sie präsentiert sich im Wahlkampf als die Partei, die für Ruhe und Ordnung gesorgt hat. Ihr Vorsitzender, Waldeck-Rochet, bietet im Falle einer Wahlniederlage der Gaullisten an, gegen zwei bis drei Ministerposten die Gaulle zu stützen. De Gaulle wertet im Wahlkampf gegen die totalitäre kommunistische Diktatur. Das verunsicherte Kleinbürgertum und viele enttäuschte Arbeiter lauten ihm in die Arme. Die Linke erhält eine deftige Niederlage, sie verliert 3 Millionen Wähler. Nur die kleine PSU konnte ihren Stimmenanteil von 2 auf 4% erhöhen.

De Gaulles Partei gewann eine zweidrittel Mehrheit. Die Lohnerhöhungen wurden bis zum Herbst von der Inflation aufgeessen. Das Kleinbürgertum hatte während der großen Bewegungen im Mai mit



Präsidentchaftswahlen in Frankreich Neue Konflikte unausweichlich

Acht Millionen Menschen leben mit weniger als 15 DM täglich unterhalb der Armutsgrenze. Gleichzeitig teilen 100.000 reiche Familien unter sich 4 Milliarden DM auf – mehr als den Staatshaushalt.

Die Zahl der offiziell Arbeitslosen wird bald 3 Millionen erreichen. Die OECD (in der die sieben führenden Industrienationen zusammengeschlossen sind) prognostiziert für 1990 3,5 Millionen Arbeitslose, und noch vor 1995 werden 4,5 Millionen erwartet.

Auf diesem Hintergrund fanden die diesjährigen Präsidentchaftswahlen statt. Neun Kandidaten traten zum ersten Wahlgang an. Aber vier von ihnen dominierten das Rennen: Mitterrand (Sozialistische Partei), Barre und Chirac als Vertreter der Konservativen und Le Pen, Kandidat der extrem-rechten Nationalen Front.

Die Wahlen bestehen aus zwei Durchgängen, wobei die beiden, die im ersten Wahlgang die besten Ergebnisse erzielten, nochmals zu einer Stichwahl antreten. Im ersten Durchgang erhielt Mitterrand die meisten Stimmen, der vor allem auch davon profitierte, daß die Stimmen der Rechten sich auf drei Kandidaten verteilten. Allerdings kann er sich seines Sieges noch nicht völlig sicher sein. Denn falls sich im zweiten Wahlgang alle, die vorher für einen der rechten Kandidaten gestimmt haben, auf die Unterstützung des konservativen Siegers einigen, könnte es noch knapp werden.

Der erste Wahlgang bestätigte noch einmal die Trends, die sich schon in

den letzten Jahren abzeichneten: Der Kandidat der kommunistischen Partei erhielt mit noch nicht einmal 7% das schlechteste Ergebnis, das die KPF jemals bei Wahlen erzielte. Auf der anderen Seite konnte der rechtsextreme Le Pen sich noch einmal steigern: er erhielt fast 14%.

Sollte ein konservativer Präsident werden, so sind weitere Privatisierungen, weiter Sozialabbau und Angriffe auf die Arbeiterklasse sicher. Ein Sieg



Mitterrand: Gewinnt er die Präsidentchaftswahlen, wird er sich bald mit den Fordernungen der Arbeiter konfrontiert sehen.

Mitterrands würde jedoch von der großen Mehrheit der Arbeiter als Erfolg gesehen werden, nachdem bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1986 die Konservativen eine Mehrheit erhielten. Es ist zu erwarten, daß – aus einer Position der Stärke heraus – Forderungen an Mitterrand gestellt werden. So hat er zum Beispiel das Recht, die Nationalversammlung aufzulösen. Neuwahlen könnten zu dem Ergebnis führen, daß die Mehrheit der Rechten gebrochen wird. Außerdem ernannt der Präsident den Premierminister, und von seiner Bestätigung hängt das ganze Kabinett ab. Mitterrand könnte also die Voraussetzungen dafür schaffen, daß die Verschlechterungen der letzten Jahre zurückgenommen und durch eine Politik im Interesse der Mehrheit der Bevölkerung ersetzt wird.

Bisher allerdings scheint Mitterrand nichts von all dem vorzuziehen. Dennoch – Jeder Versuch seinerseits, eine Koalition mit den Rechten einzugehen, hätte eine starke Opposition der Basis der Sozialistischen Partei und großen Teilen der Arbeiterklasse zur Folge.

Enttäuscht Mitterrand die Hoffnungen, die in ihn gesetzt werden, so ist mit einer Zunahme von Kämpfen im industriellen Bereich zu rechnen. Die KP könnte wieder neuen Zulauf erhalten, wenn sie sich als einzige Oppositionspartei darstellen kann.

Neue Krisen stehen Frankreich bevor, denn der Kapitalismus hat nichts weiter zu bieten als Massenarbeitslosigkeit und wachsende Armut.

Mittelamerika Aufbruch im Hinterhof

Verhandlungen Sandinistas/Contras Frieden für Mittelamerika?

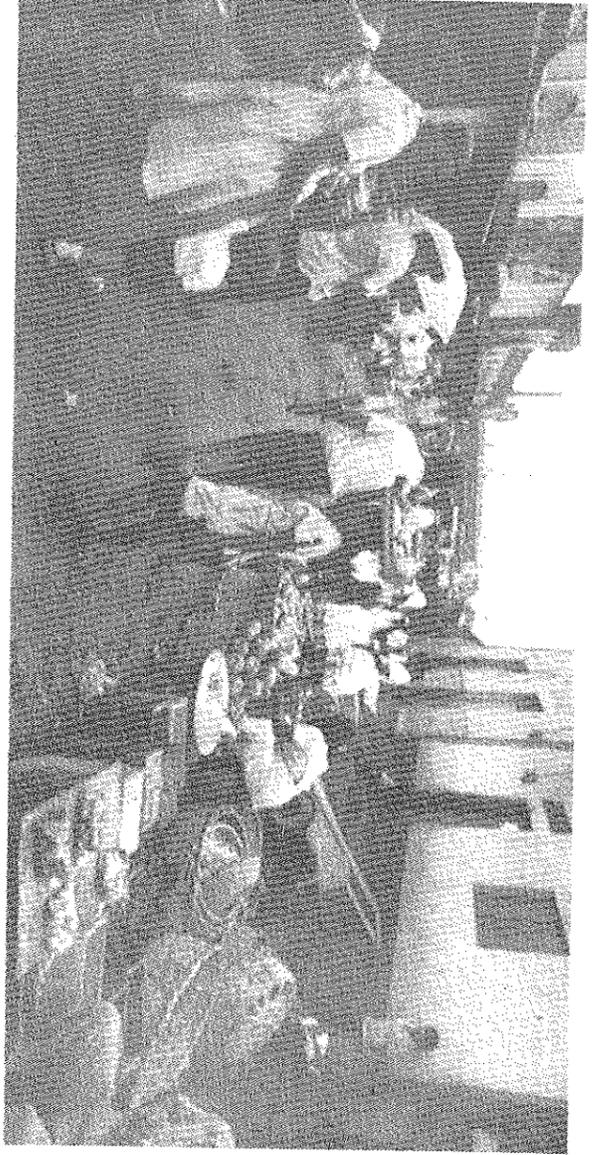
Mittelamerika ist wieder zu einem Brennpunkt des öffentlichen Interesses geworden. Die Lage ist gekennzeichnet durch das Säbelrasseln der USA gegenüber Panama und Nicaragua, durch heftige Kämpfe und auch Verhandlungen zwischen sandinistischen Truppen und den Contra-Terroristen sowie den Massenstreiks der panamaischen Arbeiter und neuerdings auch durch massive Demonstrationen gegen den US-Imperialismus in Honduras.

Als Anfang März die US-Hilfe für die Contras wegen taktischer Differenzen zwischen „Republikanern“ und „Demokraten“ ins Stocken kam, befanden sich die Contra-Einheiten in einer ungünstigen militärischen Lage. Die Sandinisten sahen eine Chance und die nicaraguanische Armee begann eine Offensive gegen die Banden der Querilleros an der Grenze zu Honduras.

Für den US-Imperialismus aber sind die Contras ein wichtiges Mittel, um den Druck auf Nicaragua aufrechtzuerhalten und das Land zu destabilisieren. Ihre Vernichtung wäre ein schwerer Schlag gegen die Stellung der USA in der Region.

US-Truppen

Mitte März flohen die Contras auf honduranisches Gebiet. Das war die Chance für den CIA: Er erfand die Geschichte von der nicaraguanischen „Invasion“ Honduras und flüchtete dem honduranischen Staatschef ein, die USA um „Hilfe“ zu bitten. Prompt rasselte der Säbel ganz kräftig: Reagan schickte 3200 Mann Luftlandetruppen



Die wirtschaftliche Lage in Nicaragua hat sich in den letzten Jahren verschlechtert. Seit 1980 fielen die Reallöhne um 80%. 1987 betrug die Inflationsrate 1200%. Ein Grund dafür: Die Regierung muß ca. 50% ihres Haushaltes für den Krieg ausgeben.

nach Honduras und die Luftwaffe dieses Vasallenstaates bombardierte nicaraguanische Einheiten an der Grenze.

Mit diesen Aktionen drohte Reagan den Sandinisten: Sollten sie es wagen, die Contra zu zerschlagen, würde die US-Armee schon einen Vorwand finden, um militärisch einzugreifen. Die Militärs wollten allerdings keinen offenen Krieg gegen Nicaragua. Es ging darum, die Sandinisten am Verhandlungstisch zu einem Rückzug zu zwingen und die Position der Contras zu stärken.

Gleichzeitig war die Entsendung von Truppen auch eine innenpolitische Erpressung. Der Widerstand in der amerikanischen Bevölkerung gegen die Contra-Hilfe wächst und auch die „Demokraten“ sind zur Zeit nicht gerade dafür zu begeistern. Daher drohte Reagan mit dem Vietnam-Schrecken nach dem Motto: „Wenn ihr die Contras nicht unterstützt, müssen unsere Jungs hin!“ Die Erpressungsklappte. Die „Demokraten“ bewillingten aus Angst vor den politischen Folgen einer direkten US-Intervention die neue, „humanitär“ genannte Terroristenhilfe.

Anfang April hat sich die Lage be-

schütern könnte.

Anderer Methoden sind wirkungsvoller und schmerzloser. Daher setzen Reagan und Komplizen auf die Doppelstrategie des Contra-Terrors und der Sabotage von innen.

„Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“ (Karl Liebknecht)

In Nicaragua sind 80% der Landwirtschaft und 75% der Industrie in privater Hand. Die ökonomische Macht liegt also noch immer bei der Bourgeoisie. Und diese Bourgeoisie wird – trotz aller Appelle der Regierung – den sandinistischen Staat nie hinnehmen, denn es ist nicht ihr Staat. Die Unternehmer gehen mit den Contras. Sie setzen auf wirtschaftliche Sabotage und Destabilisierung. Die Kampfmittel sind Kapitalabzug und Investitionsstrik.

Die Kapitalauslastung der nicaraguanischen Wirtschaft liegt inzwischen bei 60%. Die Situation wurde durch den riesigen Auslandsschuldenberg (7,5 Milliarden US-Dollar) noch verschlechtert. Die Inflationsrate betrug Anfang dieses Jahres über 1400%, mehr als jemals in der Geschichte. Die Diktatur. Die Währungsreform vom Februar wird daran auch nichts ändern können. Die Arbeitslosigkeit liegt bei über 25%. Es hat sich ein riesiger Schwarzmarkt entwickelt, der das ganze Lohn- und Preissystem untergräbt. Die Wirtschaftskrise droht die Errungenschaften der Revolution zu zerstören.

Dies würde die Unterstützung für die Sandinisten untergraben und damit der Konterrevolution und dem Imperialismus Möglichkeiten.

Strategie der USA

Die FSLN (nicaraguanische Befreiungsbewegung) scheint die gefährliche Illusion zu haben, daß man durch ein Bremsen der Revolution die USA besänftigen könne. Doch Nicaragua ist dem Imperialismus immer ein Dorn im Auge, ob die Revolution konsequent durchgeführt wird oder auf halbem Wege stehenbleibt. Es sind zu viele Reformen erreicht worden, die für die Arbeiter und Bauern in Mittelamerika ein Beispiel geben. Nach wie vor fürchtet die herrschende Klasse in den USA eine Ausweitung der lateinamerikanischen Revolution. Daher ist für sie klar, daß die Errungenschaften der Revolution gänzlich zerstört werden müssen.

Der direkte Weg über einen Krieg gegen Nicaragua wäre dabei nur das letzte Mittel. Die politischen Folgekosten einer solchen Aktion wären enorm: Die Peitsche der Konterrevolution könnte die Revolution antreiben und ganz Mittelamerika in Aufruhr versetzen – von den innenpolitischen Schwerkräften der USA mal ganz abgesehen.

Bedenkt man die Vietnam-Erfahrung und die schon heute herrschende Stimmung gegen militärische Abenteuer, so wird klar, daß den Herrschenden in den USA nach einer kurzen Welle des Patriotismus eine große Massenbewegung gegen den Krieg bevorsteht, die die amerikanische Gesellschaft in ihren Grundfesten er-

Anscheinend sind auch Teile der FSLN bereit, sich diesem „Schicksal“ zu beugen. Böses läßt sich erahnen, wenn auf der einen Seite Reaktionen größerer Freiheiten erhalten, während andererseits Arbeiterstreiks, Landbesetzungen unzufriedener Bauern unterdrückt und linke Zeitungen verboten werden. Ein zu einem solchen Preis erkaufter „Frieden“ bedeutet nichts als einen Rückfall in Armut und Elend für die Massen.

Wie weiter?

Daß das in- und ausländische Kapital mit allen Mitteln versucht, die Revolution zu zerschlagen, ist klar. Die Hoffnung, diesmal wäre es anders, ist illusionär. Sozialisten haben die Pflicht, eine Strategie auszuarbeiten, die am besten gegen die Konterrevolution schützt. Für Nicaragua ist der einzige wirksame Schutz die konsequente Weiterführung der Revolution. Sozialisten müssen für die Entleerung der privaten Unternehmer kämpfen. Die Verstaatlichung der Industrie und die Errichtung einer Planwirtschaft unter demokratischer Arbeiterkontrolle wären ein wirksames Mittel, um die Wirtschaftssabotage zu unterbinden und alle ökonomischen Kräfte zum Auf-

bau des Landes zusammenzufassen. Gleichzeitig muß sämtliches Land an die Kleinbauern verteilt werden. Auf allen Ebenen müssen demokratisch gewählte Komitees und Räte eingerichtet werden, um diese Maßnahmen durchzusetzen. Wichtig ist auch eine internationalistische Haltung. Nicaragua ist alleine nicht überlebensfähig. Eine Ausbreitung der Revolution im ganz Mittelamerika ist keine Frage des Traumes von der Weltrevolution, son-

dern eine knallharte Notwendigkeit! Die wirtschaftliche Situation aller Länder in Mittel- und Südamerika gibt der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung dort schon jetzt genug Gründe, sich gegen Kapitalismus und Imperialismus zu wehren – C kommande Weltwirtschaftskrise w ihre Lage weiter drastisch verschlechtern. Eine sozialistische Führung müßte an die Massen in den anderen Ländern appellieren und Revolutu nahe dort politisch und materiel u unterstützen.

Diese Maßnahmen würden die Probleme Nicaraguas sicher nicht mit einem Schlag lösen – die Gefahr d US-Intervention bliebe weiterhin bestehen. Aber diese Maßnahmen sind die einzigen, die die Verteidigung d Revolution überhaupt ermöglichen.

Claus Ludwig, Bremen/ha
Jungsozialist



„Sie sind wohl noch nicht lange hier? Bei uns heißt die Schlagzeile: Nicaragua plant weiterhin, Einmarsch ins Weiße Haus!“

Panama Arbeiterklasse wird Selbstbewußt

Seit einigen Wochen versuchen die USA durch Wirtschaftsblockaden, politischen Druck und militärische Drohungen Panamas starken Mann, General Noriega, aus dem Amt zu jagen. Dabei geht es, so Reagan, um Noriegas Drogenhandel im großen Maßstab. Wollen die USA mal wieder der Gerechtigkeit zum Durchbruch verhelfen?

Dealer-Diktator

Ironischerweise hatte Panamas Dealer-Direktor jahrelang gute Beziehungen zu den USA. Seit Jahren weiß der CIA von seinen Drogengeschäften, aber wegen „höherer strategischer Überlegungen“ regte sich niemand darüber auf. Der US-Imperialismus hat ein zentrales militärisches und politisches Interesse an der bis 1999 von US-Truppen kontrollierten Kanalzone. Diese ist eine der Hauptbasen des CIA für den karibischen Raum und dort wurden 1985-86 Contras trainiert, als die Militärhilfe offiziell eingestellt war.

Noriega benutzte jedoch US-Hilfe und Regierungsgelder, um ein millionenschweres Verbrechenimperium für sich und seine Kameraden aufzubauen. Diese Militärmafia kontrolliert Banken, Fluglinien, Fernsehstationen und Fabriken. In Zusammenarbeit mit Kolumbiens größten Koin-Syndikat brach Noriega in den US-Markt für harte Drogen ein. Durch Noriegas Vetternwirtschaft und seine Korruption fühlte sich der Rest der panamaischen Kapitalisten betrogen, weil sie aus profitträchtigen Teilen der Wirtschaft vertrieben wurden. Dem US-Imperialismus wurde Noriega zu unsicher. Daß er sich mehr um sein Wohlergehen als die Interessen der US-Militärs und des CIA kümmerte, war für die strategischen Interessen zuträglich. Die USA startete also ihre Kampagne gegen Noriega, in die sich die überworferten Kapitalisten mit ihrem „Bürgerkreuzzug“ mit einmischten.

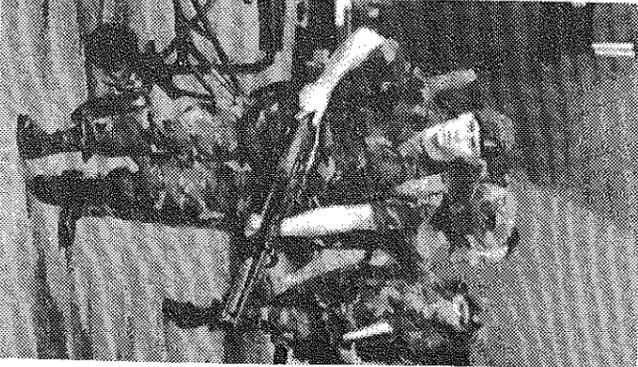
Arbeiter werden aktiv

Dies wäre alles gar nicht so fürchterlich wichtig – wenn nicht die Massen der panamaischen Arbeiterklasse aktiv geworden wäre. Als die Bourgeoisie ihren „Kreuzzug“ begann, hielten sie die Arbeiter zurück, denn sie hatten nicht den geringsten Grund, sich für die Belange der Imperialisten noch der beleidigten Unternehmer einzusetzen.

Selbstbewußtsein

Arbeiter in der ganzen Welt müssen sich gegen die Einmischung der USA in Panama wenden. Doch dabei geht es nicht darum, den Gangster-General zu verteidigen. Das wichtigste an den Ereignissen in Panama ist die große Erfahrung, die Panamas Arbeiterklasse in einem militanten Kampf für politische Forderungen sammeln konnte. Sie ist auch die einzige Kraft, die die Demokratie gegen Noriega und den Imperialismus verteidigen kann.

Bisher galt Panama als das sozial stabilste Land in Mittelamerika. Jedoch hat die Arbeiterklasse Selbstbewußtsein bekommen. Der Prozeß der panamaischen Revolution hat begon-



Die Verstärkung der US-Truppen in Panama ist als Drohkredenz gedacht. Doch schon kam es vereinzelt zu Schießereien.

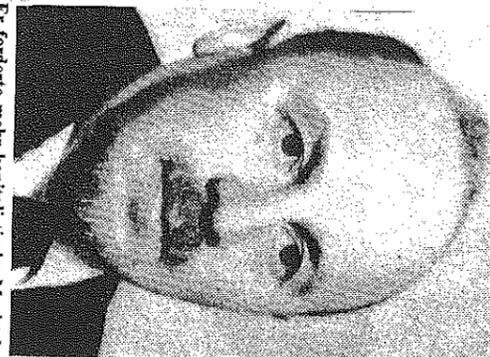
Rehabilitierung Bucharins

Historische Rechtfertigung

„Das ist Bucharin – diese heuchlerische, lügnische, listige Natur. Dieser frömmelnd-räuberische und würdig-füchliche Mensch, diese ... verfluchte Mischung von Fuchs und Schwein ... er organisierte Schändlingsarbeit, Diverston, Spionage, Morde ... Als treuer Kettenhund dieses Faschismus belle er freudig, während er sein Entzücken über diesen deutschen Faschismus verkündete.“ Mit diesen Worten wütete der Chefankläger im 3. Moskauer Schauprozess, Staatsanwalt Andrej Wyschinski, gegen Bucharin. (Zitat aus dem offiziellen Protokollbuch, Moskau 1938)

Während der Angeklagte Bucharin jahrzehntelang Kommunist und enger Mitarbeiter Lenins zur Zeit der Oktoberrevolution war, hatte der Staatsanwalt auf der anderen Seite der Barrikaden gestanden: Er unterschrieb die Menschewiki und unterschrieb sogar im Sommer 1917 den Haftbefehl gegen Lenin (wegen angeblicher Spionage für den deutschen Kaiser), wie sowjetische Zeitungen kürzlich enthüllten.

Diese Fakten sind symptomatisch: Die Moskauer Schauprozesse unter Stalin setzten den vorläufigen Schlüsselpunkt unter eine riesige Säuberungswelle, mit der fast die gesamte alte Garde der Bolschewiki ausgetrotzt wurde. Zwischen 1934 und 1938 fielen ihr etwa eine Million Kommunisten zum Opfer. Die Zahl der Gefangenen auf zehn Millionen geschätzt. Gleichzeitig wurde die Partei seit Mitte der 20er Jahre weit geöffnet für



Er forderte mehr kapitalistische Marktelemente: Bucharin.

chemalmalige zaristische Beamte sowie alle möglichen Karrieristen, die sich mit den neuen Machthabern nach Ende des Bürgerkrieges zu arrangieren suchten.

Lenins Partei vernichtet

Nach Abschluß der Säuberungswelle und der Schauprozesse, nach der Liquidierung oder Verbannung fast aller bekannten und der Ermordung zehntausender unbekannter Revolutionäre in den Arbeitslagern hatte die Partei Lenins nichts mehr mit der Partei Lenins gemein. Eine blutige politische Konterrevolution lag dazwischen; die Partei Lenins war tot, und keine Kraft der Erde wird sie wieder zum Leben erwecken“ (Trotzki).

Der Vorwurf, „Verräter“, „Spion“, „Terrorist“ oder „faschistischer Agent“ zu sein, wurde gegen alle Anklagegeklagten auf Grundlage von unter Folter erpressten „Geständnissen“ erhoben. Der erste Prozeß richtete sich 1936 gegen Sinowjew und weitere 15 führende Kommunisten; der zweite 1937 gegen Radek und weitere 15 Genossen. Im Mittelpunkt des 3. Prozeßes standen neben Bucharin 19 weitere Kommunisten (der 21., Jogoda, hatte bis 1936 als rechte Hand Stalins selbst die Geheimpolizei geleitet und mußte als Mitfänger und -wisser ausgeschaltet werden).

Bucharin wurde im Februar – 50 Jahre nach seiner Ermordung – durch den obersten sowjetischen Gerichtshof juristisch rehabilitiert, ebenso wie alle anderen Angeklagten (außer Jagogoda). Doch mit welcher Angst geht die Bürokratie vor: Schon '56 entthüllte Christchow die Verbrechen um die Moskauer Schauprozesse und förderte

Angeklagten. Erst jetzt stellt der Oberste Gerichtshof fest, daß die „Geständnisse mit ungesetzlichen Mitteln“ erreicht worden wären (von Folterstimmer noch keine Rede). Ob Bucharin nicht nur juristisch, sondern auch politisch rehabilitiert wird (d.h. ob seine abweichende Meinung „erlaubt“ ist), wird zur Zeit noch „geprüft“.

Bucharins Opposition

Eine politische Rehabilitierung wäre allerdings keine Überraschung, denn seine Theorien passen ziemlich genau in den heutigen Kurs der Gorbatschow-Führung. Bucharin war ein Vertreter des rechten Parteiflügels und trat für den Ausbau von kapitalistischen Marktelementen in der Planwirtschaft ein.

Der Hintergrund: In Rußland hatte die Revolution in einem rückständigen Land gesteckt; der erste Arbeiterstaat hatte mit den Folgen von Weltkrieg und Bürgerkrieg, mit Millionen Kriegstoten, Hunger und Erschöpfung zu kämpfen. Wegen völliger Zerrüttung der Wirtschaft, insbesondere der Landwirtschaft, sahen sich Lenin und die Bolschewiki 1921 zur Einführung der „Neuen Ökonomischen Politik“ („NEP“) gezwungen. Um die Landwirtschaft wieder in Gang zu bringen und die Millionen einzelnen Bauernwirtschaften einen Anreiz zu bieten (denn die zerstörte Industrie konnte weder Landmaschinen und Düngemittel o.ä. liefern), wurden weitgehende



Trotzki kämpfte bis zu seinem Tode gegen die Politik der Bürokratie.

marktwirtschaftliche Elemente in der Landwirtschaft und im Handel zwischen Stadt und Land eingeführt.

NEP

Lenin kennzeichnete sie NEP als einen vorübergehend notwendigen Rückschritt und war sich sehr wohl der davon ausgehenden Gefahren für den Arbeiterstaat bewußt. Konkurrenzkampf auf dem Land, neue Abhängigkeiten der kleinen Bauern von den großen, Stärkung der Kulaken (reiche Bauern), Ausbliben von Spekulantentum und Schieberen im Handel. Und in der Tat: Das Erscheinen der neuzeitlichen „NEP-Leute“ und Kulaken ließ nicht lange auf sich warten.

Lenin und die Bolschewiki gingen davon aus, daß durch den Sieg der Revolution in einem wichtigen westlichen Industrieland auch Hilfe für die sowjetische Wirtschaft in Aussicht stand. Doch die russische Revolution blieb isoliert, was noch einmal eine Stärkung der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums in der Sowjetunion bedeutete, auf die sich die aufstrebende Bürokratie unter Stal-

Nachdem die NEP den ursprünglichen Anstoß zur Wiederbelebung von Landwirtschaft und Industrie gegeben hatte, hatte sie eigentlich ab Mitte der 20er Jahre Stück für Stück – entsprechend den Aufbauforschritten – eingeschränkt werden müssen.

„Sozialismus im Schneckentempo“

Die Linke Opposition unter Trotzki forderte genau diesen Kurs: Zurückdrängen der NEP und der Kulaken auf dem Dorf (deren Macht bis Ende der 20er Jahre bedrohlich angewachsen war); allmähliche Kollektivierung der Landwirtschaft durch die freiwillige (!) Grundlage durch die Gründung betrieblicher staatlicher Kolchoosen; Aufstellung eines Fünfjahresplanes



Russische Bauernfamilie Anfang der 20iger Jahre: Besonders die Landwirtschaft war völlig zerrüttet.

(den es bis dahin noch nicht gegeben hatte) zur schnellstmöglichen Entwicklung der Industrieproduktion. Bucharin als Vertreter der rechten Opposition und Unterstützer der herrschenden Stalin-Fraktion verhöhnte diese Forderungen als „Industriemanant“ und „Überindustrialisierung“ und stellte ihnen die Theorie vom „Aufbau des Sozialismus im Schneckentempo“ gegenüber; die Existenz der Kulaken wurde geleugnet, sogar die Entnationalisierung des Grund und Bodens vorbereitet. Das ganze gipfelte in Bucharins berühmtem Aufruf an die Bauern: „Bereichert Euch!“

Bucharin wollte also aus der Not eine Tugend, ja eine Theorie machen und die NEP zu einem Zeitpunkt ausbauen, als sie ihre Rolle bereits ausgespielt hatte. (Bleibt noch zu erwähnen, daß die Stalin'sche Bürokratie später unter dem Druck der Ereignisse gezwungen war, eine blutige Karriere der Forderungen der Linken Opposition umzusetzen: „Liquidierung der Kulaken als Klasse“, „völlige Kollektivierung“ – das bedeutete Bürgerkrieg und Millionen Tote auf dem Land; „Erreichung des Fünfjahresplans in 4 Jahren“, was völlig überhebene Forcierung der Industrialisierung bedeutete.)

Gorbatschows Kurs

Wenn die NEP und die Einführung kapitalistischer Elemente in der isolierten und rückständigen Sowjetunion 1921 eine bittere Notwendigkeit war, so gibt es jedoch heute keinen objektiven Grund zur Verstärkung marktwirtschaftlicher Elemente in der Sowjetunion, die immerhin die zweitgrößte Weltmacht ist. Wenn Gorbatschow und die sowjetischen Wissenschaftler heute den Kapitalismus als Vorbild nehmen, über die Schließung von Fabriken, die Wiederzulassung von Arbeitslosigkeit u.ä. nachdenken lassen, so hat dies alles nicht mit der „Vervollkommnung des Sozialismus“, aber alles mit dem Bankrott der Politik der Bürokratie zu tun.

Die theoretische Rechtfertigung für diese Art der „Perestrojka“ sucht die Gorbatschow-Führung in den Schriften Lenins zur NEP und den Theorien Bucharins. In diesem Zusammenhang ist das neuentdeckte Interview mit

20er Jahre in der SU zu sehen. Bucharin wird heute als der große Gegenspieler Stalins dargestellt. Doch das ist weit von der Wahrheit entfernt. Der eigentliche Hauptangeklagte und gefährlichste Widersacher der Bürokratie war bei den Prozessen gar nicht anwesend – Trotzki. Alle Angeklagten wurden der Verbindung mit dem „trotzkistischen Zentrum der Konterrevolution“ beschuldigt. Der Vorwurf des „Trotzkismus“ wurde gegen alle Gegner Stalins geschleudert, einschließlich Bucharin.

Die Rolle Trotzkis

Im Gegensatz zu Bucharin hat Trotzki von 1923 bis zu seiner Ermordung durch einen Agenten Stalins in Mexiko 1940 einen prinzipiellen Kampf gegen die Politik der sowjeti-

1889 Bucharin wurde im September geboren; schon als Gymnasiast schloß er sich revolutionären Zirkeln an
1906 Eintritt in die SDAPR; es folgen zahlreiche Verhaftungen durch die zaristische Geheimpolizei
1911 Flucht ins Exil; gibt während des I. Weltkrieges in New York zusammen mit Trotzki die russische revolutionäre Zeitung „Novy Mir“ heraus
1917 Rückkehr nach Rußland nach Ausbruch der Februarrevolution
Juli Bucharin wird ins Zentralkomitee der Partei gewählt
1919 Er wird Mitglied des Politbüros und Chefredakteur der Prawda
1926 Er wird zum Vorsitzenden der Kommintern gewählt
1929 Bucharin wird von sämtlichen leitenden Posten entfernt und degradiert
1934 Bucharin kapituliert vor Stalin und wird noch einmal ins ZK gewählt
1937 Ausschluß aus der Partei
1938 Verurteilung und Ermordung

sehen Bürokratie geführt und zu keinem Zeitpunkt vor ihr kapituliert. Trotzki und die Linke Opposition haben nicht nur eine marxistische Analyse des Charakters der privilegierten Bürokraten-Kaste an der Macht ausgearbeitet, sondern auch ein Programm zu ihrem Sturz durch eine politische Revolution der Arbeiterklasse. Dieses Programm ist heute so aktuell wie unter Stalin. Dies ist auch der Grund, warum

Internationale Notizen

Jugoslawien

Jetzt wurde die Zahl der Streiks 1987 bekanntgegeben: 1570 Streiks, an denen sich 365.000 Arbeiter beteiligten (so die staatliche Nachrichtenagentur Tanjug). Zum Vergleich die Zahlen von 1986: 851 Streiks mit 88.000 Beteiligten.

Ungarn

Seit letzten Oktober verließen 46.000 Mitglieder die Kommunistische Partei Ungarns. Das entspricht 5% der gesamten Mitgliedschaft und führte zu einer internen Krise in der Partei.

Argentinien

Am 15. 4. brachte ein 4-stündiger Generalstreik Argentiniens Wirtschaftslieben zum Stillstand. Es war der 11. Generalstreik seit Antritt des Präsidenten Alfonsín 1983. Auf dem Hintergrund fallenden Lebensstandards bei einer Inflationsrate von augenblicklich 205,5% forderte die Gewerkschaft Lohnhöhungen und die Schaffung von Arbeitsplätzen. Laut Gewerkschaftsangaben braucht eine durchschnittliche Familie 2115 Austral (577 DM) monatlich zum Leben. Der ge-



Portugal

Gegen die Politik der sozialdemokratischen Regierung unter Cavaco Silva richtete sich der Generalstreik am 28.3. in Portugal. Die Regierung plante, Entlassungen zu erleichtern und Lohnleitlinien festzuschreiben. Der Streik war der größte seit der „Nelkenrevolution“ vor 14 Jahren.

Südkorea

Streiks in 3 Autofabriken und einer Hafenanlage, die einer der größten südkoreanischen Gesellschaften gehörten, hatten die zeitweilige Schließung dieser Produktionsanlagen zur Folge. Die Arbeiter forderten Lohnhöhungen. (13.4.88)

Verkauf



Der wichtigste Kampf liegt noch vor uns!

VORAN ist die einzige Juso-Tendenzzeitung, die nicht worwiegend an Insider und Funktionäre, sondern an Alternativen Suchende und vor allem an Jugendliche gerichtet ist. Darum eignet sich unsere Zeitung auch gut zum Verkauf in und vor Betrieben, Schulen und auf der Straße. Und gerade weil wir eine Zeitung von und für ernsthafte, kämpferische Arbeiter und Jugendliche sind, haben wir die Pflicht, Lehren aus der Geschichte der Arbeiterbewegung in der Zeitung aufzuarbeiten. Daher die regelmäßigen Artikel über frühere Revolutionen und auch Niederlagen der Arbeiter in Rußland, Deutschland, Frankreich, Spanien und anderswo.

100 Ausgaben von VORAN - das brachte natürlich auch viel Schweiß und Streß. Doch wer diese Arbeit be-

wußt mitgestaltet hat, der kann sagen: Es hat sich gelohnt. Marx und Engels, ihre jungen Anhänger Bebel und Liebknecht, auch Lenin, Luxemburg und Trotzki haben Jahre-, wenn nicht Jahrzehntelange geduldet für die Verankerung sozialistischer Ideen gekämpft, ohne daß ihnen der Massenanhang sofort zugeflogen wäre!

Mittlerweile sind wir eine Monatszeitung geworden, die bundesweit immer größere Unterstützung erhält. Doch der wichtigste Kampf liegt noch vor uns. Denn viele, die uns jetzt schon kennen, sind von marxistischen Ideen noch nicht überzeugt und werden erst durch ihre Erfahrungen dazu stoßen. Doch die meisten kennen uns noch gar nicht und sollten darum so schnell wie möglich die Chance bekommen, VORAN kennenzulernen.

Leserbriefe

Schreibt uns Eure Meinung, Erlebnisse, und und und



Liebe Genossen,
es ist Frühling, und ich habe Schnupfen. Nun gibt es da Gott sei Dank Mittel gegen, ein Gläschen voll Medizin und ich schlafe tief und fest und bin schon fast wieder gesund - verspricht mir jedenfalls die Werbung. Am nächsten Tag habe ich immer

Politischer Aschermittwoch in Passau oder Die Freiheit des Andersdenkenden und was Strauß-Anhänger davon halten

Kurz nach Redaktionsschluss der letzten Nummer erreichte uns noch folgender Leserbrief: Wir glauben, daß er sehr interessant ist, obwohl das beschriebene Ereignis schon einige Zeit zurückliegt.

Sie waren alle da: Oberbürgermeister Hans Hosl, Altbischof Antonius, Ex-Stadtpfarrer Kuffner usw. Es handelt sich hier jedoch nicht um einen katholischen Gottesdienst im Passauer Dom, nein, viel wichtiger: Am 17. Februar 1988 wurde nicht Gott in der Kirche, sondern F. J. Strauß in der Nibelungenhalle (Nihä) verehrt. Ca. 5000 (und nicht wie in den Medien 8000-10000) „Gläubige“ hatten sich schon in den frühen Morgenstunden vor der Nihä versammelt, um mgglicherweise bei unserem Landesvater sitzen zu dürfen. Nachdem die Aschermittwochsgemeinde im Saal Platz genommen hatte und bei reichlich Bierkonsum den Auftritt ihres Idols erwartete, trafen sich draußen vor der Tür gegen 11.30 Uhr einige Strauß-Gegner (ca. 50 Jugendliche). Auch Jusos waren dabei. Der Anlaß unseres Treffens war ein Erlebnis im vorigen Jahr: Acht Passauer Jugendliche äußerten den Ministerpräsidenten durch Büh-Rufe und Pfiffe deutlich.

Diese taten sie jedoch nur während der Menge Klatsche und stürten damit die Veranstaltung in keiner Weise. Postwendend wurden sie aus dem Saal gedrängt, wobei ein Mädchen dieser Gruppe durch einen Faustschlag ins Gesicht bewußtlos geschlagen wurde.

noch einen Brunnenschädel, also nehme ich noch ein Gläschen Medizin. Ist zwar nicht billig, aber wenn es der Gesundheit dient...

Und was höre ich dann im Radio? Dieses Mittel ist es, was mich krank macht! Es verursacht nämlich Kopfschmerzen und Abgeschlagenheit. Wirklich eine ideale Medizin - für die Pharmaindustrie. Mehr Geld kann man kaum machen als mit einem Saft, der genau die Symptome hervorruft, die zu bekämpfen er vorgibt. Das ist der ideale Selbstläufer.

Im Kapitalismus kann man eben keinem trauen, besonders nicht der Werbung.

Frank Kirsch, Köln

Deshalb wollten die 50 Jugendlichen in diesem Jahr auf die Intoleranz und militante Stimmung auf der CSU-Veranstaltung aufmerksam machen. Dazu wählten wir einen Spruch Rosa Luxemburgs, den wir auf ein Lakon schrieben und dem Strauß-Publikum in der Nihä präsentierten wollten: „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden.“

Dasselbe Zitat zeigten Bürgerrechtler in Ostberlin, die bei ihrer Protestaktion allerdings niederknuppelt wurden und von der Volkspolizei verhaftet wurden.

Zwar besitzen Strauß-Anhänger weder Knüttel noch Staatsgewalt, die Reaktion war trotzdem heftig genug. Sofort nachdem wir das Transparent in die Höhe reckten, wurde es uns heruntergerissen. Beschimpfungen, Drohungen und Schläge waren die beängstigend faschistischen Maßnahmen der Strauß-Fans. Schreckliche Sätze wie „Ihr gehört doch ins KZ“ oder „Du Judensau“ usw. waren zu hören. Dann war nicht mehr viel Zeit. In wenigen Minuten wurden wir, die wir keinen Widerstand leisteten, von der gewalttätigen, anonymen Masse (auch Ordner waren beteiligt!) aus der Halle gedrängt. Das Ergebnis dieser Aktion waren blaue Flecken, leichte Verletzungen und ein zerrissenes Transparent.

Außerdem mußten wir die bittere Erfahrung machen, Demokratieverständnis ist bei diesen Personen gleich Null.

Christian Meier, Juso in Salzweg
Michael Kronawitter, Juso in Passau

Wir müssen daher unsere Aktivitäten verstärken, um sie zu erreichen. So wurden beispielsweise beim Solidaritätstest am 16.4.88 für die Rheinhauser Stahlarbeiter ca. 200 Zeitungen verkauft. Die meisten Angesprochenen kannten die VORAN noch überhaupt nicht. Übrigens: Über 350,- DM kamen durch Solidaritätsspenden sowie den Verkauf von Büchern, Buttons etc. für den Kampffonds dabei rein.

Einige Kölner Jusos haben beim Ostermarsch ca. 100 Zeitungen verkauft und in einem Aachener SPD-Ortsverein verkaufte eine Genossin 10 Exemplare und sammelte dabei 22,- DM für den Kampffonds!

Gelegenheiten zum Verkaufen und zum Sammeln gibt es auch im Monat Mai: Besonders beim Juso-Pingstercamp am 21.-23. Mai in Salzgitter werden viele junge Leute an unseren Ideen interessiert sein.

Erhöht Eure Bestellungen rechtzeitig, und schickt uns hinterher kleine Berichte über den Verkaufserfolg!

Mögen die Kapitalisten und einige konservative Bremsen in der Bewegung alles daransetzen, um unsere Arbeit zu behindern. Marxistische Ideen, Perspektiven und Forderungen gehört



ihre da oben . . .

Frauenproblem
Die Regierung der Niederlande zieht in Betracht, aus dem UNO-Vertrag über bürgerliche und politische Rechte auszutreten. Der Grund: Sie kann es sich nicht leisten, Männer und Frauen gleich zu behandeln beim Bezug von staatlicher Unterstützung.

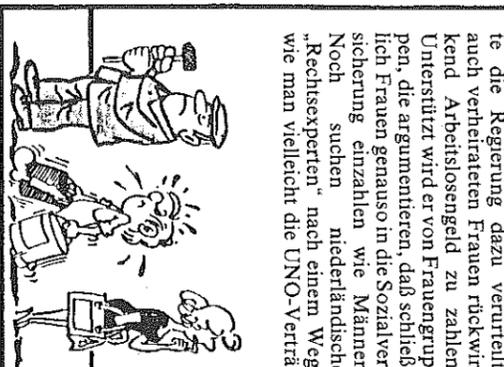
Der europäische Gerichtshof hatte die Regierung dazu verurteilt, auch verheirateten Frauen rückwirkend Arbeitslosengeld zu zahlen. Unterstützt wird er von Frauengruppen, die argumentieren, daß schließlich Frauen genauso in die Sozialversicherung einzahlen wie Männer. Noch suchen niederländische „Rechtsexperten“ nach einem Weg, wie man vielleicht die UNO-Verträge

die Zukunft. Sie sind keine Entdeckung, sondern nur Vornahme oder Verallgemeinerung dessen, was Millionen in den kommenden Jahren erfahren und lernen. Für jeden VORAN-Verkäufer von heute werden wir morgen und übermorgen Hunderte, schließlich Tausende vom Marxismus überzeugen können.

Bel Solidaritätsveranstaltungen in Rheinlanden wurden viele Ausgaben von VORAN verkauft.

gestückchenweise umgehen könnte, zum Beispiel durch unterschiedliche Interpretationen oder durch zusätzliche Einschränkungen.

Ja, so ist das mit diesen Verträgen (und mit dieser UNO): Es ist nicht nötig, die Situation im Lande nach den Vertragsregeln zu ändern. Entweder versucht man, die Regierung anzupassen - oder man geht einfach raus!



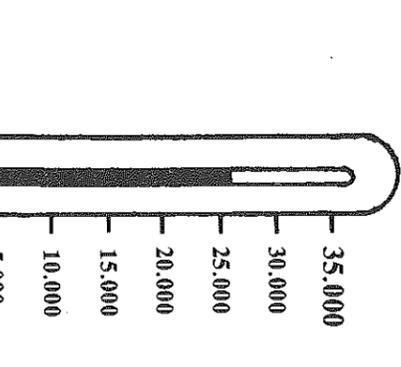
Fleißige Abgeordnete
Man könnte denken, manche Abgeordneten sind zu faul, um bei Bundestagsitzungen zu erscheinen - wenn man die oft leeren Bänke bei Debatten betrachtet. Doch weit gefehlt. Ein Sonderband zum Bundestagshandbuch bringt es an den Tag: die Abgeordneten sind eher zu fleißig!

So hat zum Beispiel der Bauernverbandspräsident Feitner von Heereman (CDU) viel zu tun. Er muß den Verpflichtungen von 16 Aufsichtsrats-

und Betragsmandaten nachkommen. Daneben hat er noch weitere Aufgaben zu erfüllen in 14 Vereinen und Verbänden (oft als Präsident). Noch jeweils 9 Nebenposten haben Otto Graf Lambsdorff (FDP) und Hans-Heinz Huber (CDU) zu bewältigen. Der CDU-Abgeordnete Wolfgang Hinrichs hat neben dem Bundesratsmandat noch seinem Beruf als Textilhändler nachzukommen und außerdem noch 21 andere Jobs zu erledigen, bis hin zum Verwaltungsratsvorsitzenden einer Unternehmensberatungsfirma.

Damit unser aller Arbeitseifer nicht ausartet angesichts solcher Beispiele wurde Vorsorge getroffen: Wieviel unsere Abgeordneten bei ihren „Nebengeschäften“ zusätzlich zu den Diäten von 13.807 DM monatlich hinzuverdienen, erfährt niemand außer Bundestagspräsident Jeminger.

Kampffonds



Durch Spenden unserer Leser erreicht: Ab jetzt 12 Seiten monatlich

Ein Blick zurück auf den Aufbau unserer Zeitung zeigt, welche sprunghafte Entwicklungen sie seit ihrem Anfang im Dezember '73 gemacht hat. Damals hatten wir noch keine Redaktionssäle und keine hauptberuflichen Redakteure. 1984 sammelten wir 27.000 DM, zogen damit in große Redaktionsräume nach Köln um und schafften uns ein Fotostudio mit an. Das Jahr 1987 markierte eine historische Wende für uns: Seit Mai '87 erscheint die Zeitung endlich in regelmäßiger monatlicher Folge. Ein Sammelrekord wurde aufgestellt: 50.000 DM in 7 Monaten, was uns ermöglichte, eine Druckmaschine und viele andere technische Geräte zu kaufen.

Wo ist das Geld hergekommen? Einzig und allein aus der Arbeitbewegung: nur dank unseren Anhängern bei SPD, Jusos und Gewerkschaften konnten wir die Zeitung aufbauen, wie folgende aktuelle Beispiele deutlich machen:

Zwei Schüler aus Bremenhaven

... wir hier unten

(Conny Märkle und Gunnar Gräfin) spendeten je 20 DM; Paul Spechtmayer, Bauningenieur aus Köln, gab 50 DM; Hamwiger Jusos sammelten ca. 40 DM in einem Ortsverein in Alona. Leser in Göttingen spendeten 40 DM anlässlich einer Veranstaltung zum Thema „Post-Privatisierung“, während Wiesbadener Jusos 57,80 an Zusatz-Spenden beim Zeitungsverkauf einnahmen. Im Wahlkampf sammelten Stuttgarter Jusos sage und schreibe 555,36 DM auf verschiedenen Veranstaltungen und durch Zeitungsverkaufsbroschüren.

Diese und viele anderen Leser haben zu einem weiteren Rekord beigetragen: 25.779,25 DM!

Aber wir dürfen nicht hier stehen bleiben. Um Schritt zu halten mit dem veränderten Tempo der politischen Ereignisse hierzulande und weltweit muß die Zeitung größer werden und öfter erscheinen. Deshalb wird sie ab dieser Ausgabe regelmäßig 12 statt 8

Seiten umfassen. Das ist ein Zuwachs von 50% und ein nächster Schritt hin auf unser größeres Ziel - nämlich wesentlich zu erscheinen. Ob wir das erreichen, hängt einzig und allein von Euch und Eurer Spenden- und Sammelbereitschaft ab!

Fiz Garvie
Redaktion Köln

Spendenkonto:
VORAN Postgiroamt Essen
BLZ 360 100 43
Kto.-Nr. 2500 59-430

Rheinhausen

Weiterer Kampf nötig!

Der Kampf um den Erhalt des Standortes Rheinhausen geht in den sechsten Monat. Er markiert jetzt bereits eine neue Qualität in der Nachkriegsgeschichte der Klassenkämpfe in der BRD. Die Entschlossenheit und Kampfbereitschaft der Rheinhausener Arbeiter kann und muß überbrotten werden. Die Stimmung wächst der Stahlartfrunde im Februar machte auch deutlich, daß auch branchenweit die Bereitschaft zum Streik vorhanden war.

Trotz allem hat dieser großartige Kampf bislang nicht zum gewünschten Ergebnis geführt. Die Frage nach den Lehren aus der ersten Phase des Kampfes und den Perspektiven für die weitere Strategie stellt sich in aller Schärfe.

Im April legte der Betriebsrat jetzt ein Alternativmodell vor, das sich betriebswirtschaftlich rechnet und den Standort erhält. Bei Mannesmann-Huckingen und Krupp-Rheinhausen sollen demnach insgesamt 6300 Arbeiter beschäftigt bleiben. Das sind zwar 2000 Kollegen mehr als die Krupp-Vorstandspläne vorsehen, aber 1200 weniger, als in den Optimierungsvarianten vereinbart worden war.

Krupp will profitabelste Lösung

Wenn der Betriebsrat und viele Kollegen vielleicht die Hoffnung hatten, mit weniger umfassenden Forderungen eine leichtere Durchsetzungschancen zu haben (in Abetracht der Untätigkeit des IGM-Hauptvorstandes), so haben sich solche Hoffnungen nicht bestätigt. Der Krupp-Vorstand wie auch die anderen Stahlwerke sind weder bereit, über Beschäftigungsschwächen noch über das Alternativmodell des Betriebsrates auch nur ansatzweise nachzudenken. Sie wollen die profitabelste Lösung, den Durchmarsch, Rheinhausen schließen.

Von Menschenkette über Fackelzug, Mahnwache, Autokorso, Gottes-

dienste, Rockkonzerte wurde wohl jede Aktionsturm angewandt, bis auf eine: unbegrenzter Streik. Ausdehnung auf die gesamte Branche sowie Einbeziehung der Bergarbeiter und anderer betroffener Gewerkschaften in Streikmaßnahmen. Dies ist vor allem auf die Weigerung der IGM-Führung zurückzuführen, den Kampf auszuweiten.

In die Verhandlungen unter Vermittlung Raus sollte niemand Illusionen haben. Worüber soll verhandelt werden? Über den Erhalt des Standorts? Dann hätte der Vorstand sich ernsthaft mit dem Alternativmodell des Betriebsrates befassen müssen. Es scheint, daß vielmehr über die Schließung, vielleicht eine verlängerte Galgenfrist über 1990 hinaus verhandelt werden soll. In diesem Fall muß der Kampf sofort wieder aufgenommen werden.

Neue Dynamik

Um noch einmal neue Dynamik in den Kampf zu bringen und ihn über Rheinhausen hinaus ausweiten zu können, sind jetzt außerordentliche Maßnahmen erforderlich:

- Ein unbegrenzter Streik der Rheinhausener Belegschaft, unter Umständen in Verbindung mit einer Betriebsbesetzung, aber in jedem Fall mit der klaren Orientierung, diesen Streik als Signal auf die ganze Branche auszuweiten - auch außerhalb der Tarif-

Forum Krisenbranchen heute und morgen:

Die IG-Metall muß sich beweisen!

„Laßt euch nicht einhüllen! Kämpft weiter, solange ihr noch kämpfen könnt!“

Diesen Rat gab Holger Mahler von HDW Hamburg den Rheinhausener Kollegen auf dem Forum „Krisenbranchen heute und morgen“ am 16.4.88 in Rheinhausen. Er spricht aus eigener Erfahrung: Schließlich hatten die Kollegen von der HDW sogar 9 Tage lang die Wert besetzt. Dennoch scheiterte ihr Kampf - wegen mangelnder Solidarität der IG Metall. „Hätten damals Stahl und Werten gemeinsam gekämpft, hätte es geklappt.“

Auch wollte er vor zu viel Vertrauensseligkeit in die Politiker: „Schaut den Politikern nicht nur aufs Maul, sondern klopft ihnen auf die Protekt!“

Ähnliche Schlußfolgerungen zog auch Otto König aus Hattungen. Alle Belegschaften hätten erst gekämpft, als sie unmittelbar betroffen waren. Nötig wäre gewesen, sich zu einem gemeinsamen Kraftakt zusammenzuschließen - auch die Belegschaften, die noch nicht betroffen waren. Der Kampf in der Stahlindustrie sei einzelbetrieblich nicht zu gewinnen. Er forderte: Der Stahlausschuß (gewerkschaftliches Koordinationsgremium) muß diskutieren, wie die anderen dem Kampf beitreten können.

Der Äußerung von Farthmann (Fraktionsvorsitzender der SPD in NRW), Politiker hätten keine Kompetenz, sollte Otto König gegenüber: Die Landesregierung hätte sich voll hinter die IG Metall stellen können, sie wäre sehr wohl in der Lage, eine andere Strukturpolitik zu machen, selbst wenn sie die bestehende Wirtschaftsordnung nicht in Frage stellen wolle.

In einem offenen Brief an die Kol-

Die Frage der Legalität darf hier nicht die Grenzen der Strategie bilden. Wenn sich Cromme und Co. nicht an Verträge halten, warum sollen sich dann die Stahlarbeiter im Kampf um ihre Existenz die Hände binden lassen?

Wenn die IGM aus formaljuristischen Gründen keine Gelder aus der Streikkasse zusteuern kann, so kann sie zumindest eine umfassende Spendenkampagne einleiten und den Apparat ganz in den Dienst dieses Kampfes stellen. „Wenn 600.000 Metallarbeiter schon 10 Millionen DM“, sagte ein Rheinhausener Kollege auf einer Betriebsversammlung.

- Eine Kampagne mit Orientierung auf die SPD-Basis zur Unterstützung der Forderung nach Erhalt des Standortes und Vergesellschaftung der

Stahlindustrie, beginnend in NRW. Es ist unüberschaubar, daß die nordrhein-westfälische SPD-Führung offenbar massiv unter Druck gesetzt werden muß, um die Regierungsmacht zu nutzen.

Egal, ob das abgehörte Telefongespräch echt ist oder nicht, ob Cromme den Inhalt der Verhandlungen mit der Landesregierung richtig wiedergegeben hat oder nicht. Tatsachen sind:

- Die Landesregierung hat Diplomatien mit dem Krupp-Vorstand betrieben, sich aber über deren Inhalt monatelang ausgeschwegen.

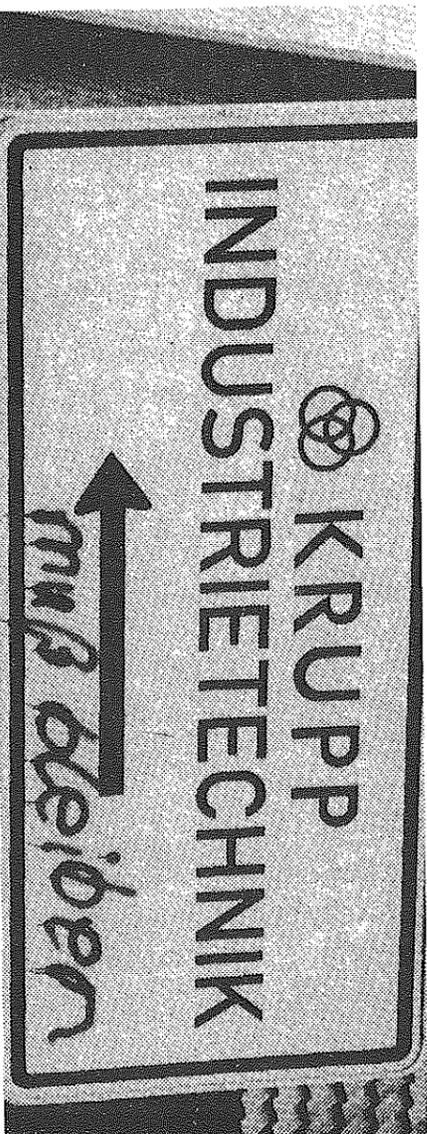
- Seit Anfang Januar ist die Haltung der SPD-Spitze durch die Äußerungen Farthmanns und der SPD-Landtagsfraktion („Rheinhausen ist kein Standort“, „Rein unternehmerische Entscheidung“) ebenso ins Zweifelhafte geraten wie durch die Epressung

Raus, er werde erst nach Wiederaufnahme der Arbeit vermittelnd tätig.

Und der eigentliche politische Skandal liegt doch darin, daß eine SPD-ALN-Regierung im größten Bundesland im Grunde sagt „Man kann nichts machen“, das ist eine „rein unternehmerische Entscheidung“. Das heißt, sie akzeptiert die heiligen Kühe Privatigentum an Produktionsmitteln und Marktwirtschaft selbst dann, wenn es um die Verantwortung ganzer Regionen geht. Das ist im Grunde eine Verabschiedung aus aktiver Politik. Wie soll uns eigentlich jemand abnehmen, daß wir die Massenarbeitslosigkeit bekämpfen, wenn wir in Bonn an der Regierung sind? Schließlich sind Entlassungen immer „rein unternehmerische Entscheidungen“.

Nein, die SPD muß sich ohne Wenn und Aber an die Spitze des Kampfes stellen, die Mitgliedschaft mobilisieren und im Schluß mit den Gewerkschaften den Erhalt von Rheinhausen im Rahmen einer Vergesellschafteten, demokratisch kontrollierten Branchenlösung durchsetzen.

Noch ist es nicht zu spät.
Angela Bankert, Köln
Jungsozialistin



Um das Krupp-Werk in Rheinhausen zu erhalten wird der Kampf ausgedehnt werden müssen. Hier ist die IG-Metall gefordert. Die SPD muß alles tun, um den Kampf der Kollegen zu unterstützen.

Arbeiterkontrolle statt Bundespost Arbeitsplatzabbau!

Die Post soll zerschlagen werden. Das ist einer der härtesten Angriffe, die jemals gegen die Belegschaft einer gesamten Branche geplant wurde. Doch es ist nicht der erste Angriff auf die Postbeschäftigten. Seit Jahren wird der Druck auf die Postler immer mehr verstärkt, Arbeitsbedingungen verschlechtert und erkämpfte Rechte abgebaut.

Hier nur einige Beispiele für Verschlechterungen: Durch die Schließung von über 8000 Poststellen auf dem Land wurden in den letzten Jahren über 4000 Vollzeitbeschäftigte abgebaut. Vor allem Fernarbeitersplätze sind gefährdet: Ein Plan von 1984/85 sieht vor, die 280 Briefverteilmaschinen auf 80 zu zentralisieren und mit automatischen Lese- und Codiergeräten zu versehen. 4000 Arbeitsplätze sollen deswegen bis 1990 gestrichen werden.

Rationalisierung

Die Deutsche Postgewerkschaft (DPG) schätzt, daß die insgesamt 240 Rationalisierungsverfahren, die 1986 anließen, den Abbau von weit über 20.000 Stellen bedeuten. Dazu kommen die negativen Auswirkungen für die Beschäftigten: Zum Beispiel haben im Pakerzustellamt Köln-Nippes, das mit Bildschirm- und Fließbandeinrichtung voll durchrationalisiert wurde, die Beschäftigten (vor allem Frauen) mit ständigem Lärm und Augenbrennen zu tun. Sie haben kein Recht auf stündliche Pausen, wie zum Teil bei anderen Bildschirm-Arbeitsplätzen, weil ihre Arbeit nicht als Bildschirmarbeit gilt, da sie ja nicht nur auf den Bildschirm, sondern abwechselnd auf Bildschirm und Paket schauen müssen!

Der Wunsch Schwarz-Schillings ist es, bis 1990 40.000 Arbeitsplätze wegzurationalisieren. Dies ist der Trend im Kapitalismus: Wenn neue technische Möglichkeiten entwickelt werden, werden sie nicht genutzt, die wöchentliche Arbeitszeit zu verkürzen.

Stattdessen dienen sie dazu, Arbeitsplätze abzubauen. Oft wird gleichzeitig für die Nichtentlassenen das Arbeitstempo noch erhöht, Schichtarbeit intensiviert. Verstärkt werden Teilzeitarbeit und befristete Arbeitsverträge eingeführt.

Wer kontrolliert die Post?

Deshalb lautet die entscheidende Frage: Wer kontrolliert und verwaltet die Bundespost? Von 24 Verwaltungsratsmitgliedern vertreten nur 7 offiziell das Personal, der Rest sind Politiker (vor allem CDU) und Kapitalisten. An der gesamten Politik der Bundespost kann man sehen, daß die Staatsvertreter im Aufsichtsrat nicht neutral sind, sondern die Gesamtinteressen des Kapitals vertreten. Deswegen können wir den Kampf

nicht nur auf die Ablehnung der geplanten Teilprivatisierung beschränken, sondern müssen weitergehen: Für eine Post unter Arbeiterkontrolle und -verwaltung! Das heißt: für ein Verwaltungsgremium der Gesamtpost mit je einem Drittel Gewerkschafts-, Belegschafts- und Staatsvertreter, wobei die Vertreter der Gewerkschaft und Belegschaft nicht mehr vertreten dürfen, als das Durchschnittsgehalt eines Postbeschäftigten.

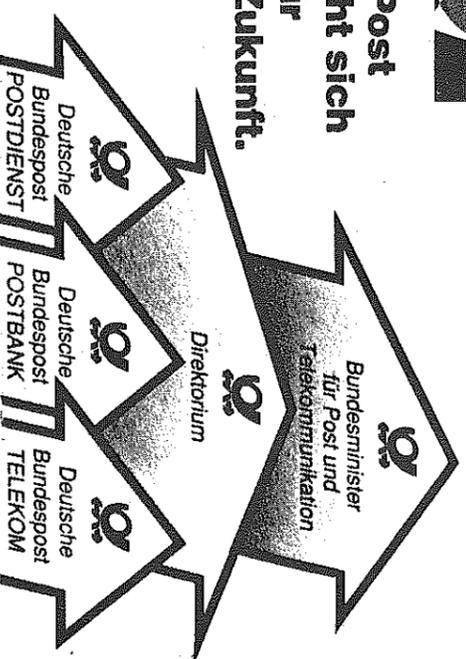
Unter solchen Bedingungen könnten wir alle technischen Neuerungen dazu nutzen, bei mindestens gleichem Lebensstandard die wöchentliche Arbeitszeit drastisch zu verkürzen, alle Arbeitsplätze zu erhalten und sogar Neueinstellungen vorzunehmen.

Bruno Hof, Köln
Jungsozialist



Unverständlicherweise wird dem Bundespostminister in der SPD-Press Gelegenheit gegeben, für seine arbeiterfeindliche Politik zu „werben“. (Vorwärts, 16.4.88)

Die Post macht sich fit für die Zukunft.



VORAN

Heute wie vor 100 Jahren:

Nur gemeinsam sind wir stark!

Der erste Tag im Mai soll ein freier Tag sein, an dem die Arbeit unter dem Joch des Kapitalismus ruht. Wozu diesen Tag, diese Freiheit nützen? Die Antwort liegt in der Geschichte des 1. Mai und ist heute wieder dringend aktuell.

Im Jahre 1886 kam es zum Kampf zwischen US-amerikanischen Arbeitern und den Kapitalisten. Die damals beginnende Wirtschaftskrise sollte durch Lohnkürzungen und Massenentlassungen aufgefangen werden, die Arbeitszeit blieb bei ca. 12 Stunden am Tag - doch die organisierte Arbeiterschaft stellte dem gegenüber die Forderung nach dem 8-Stunden-Tag auf.

USA 1886: Generalstreik

Um diese zu bekräftigen, kam es am 1. Mai 1886 zum Generalstreik und zu Massendemonstrationen. Hier und in den darauffolgenden Kämpfen griff die kapitalisierende Staatsmacht ein: Arbeiter wurden auf der Straße erschossen, „mutmaßliche Rädelsführer“ wurden vor Gericht als Terroristen verurteilt und später hingerichtet. Zwei Jahre danach steckten die amerikanischen Gewerkschaften ihre Ziele fest: Erklärten des 8-Stunden-Tages bis zum 1. Mai 1890. Desweiteren sollte der erste Mai tag als Kampftag der Arbeiterklasse festgelegt werden.

Weltweit gleiche Interessen

Ähnliche Entwicklungen gab es auch in den industrialisierten Ländern Europas: Die Arbeiter kämpften hier für die Verkürzung des Arbeitstages auf 8 Stunden - allerorts merkten die Arbeiter, daß länderübergreifend gleiche Interessen in einer Klasse bestanden. So setzten die Arbeiter in Deutschland am 1. Mai 1890 trotz

staatlicher Repressionen ihren Kampftag durch, im Bewußtsein ihrer eigenen Stärke gegenüber dem Kapital.

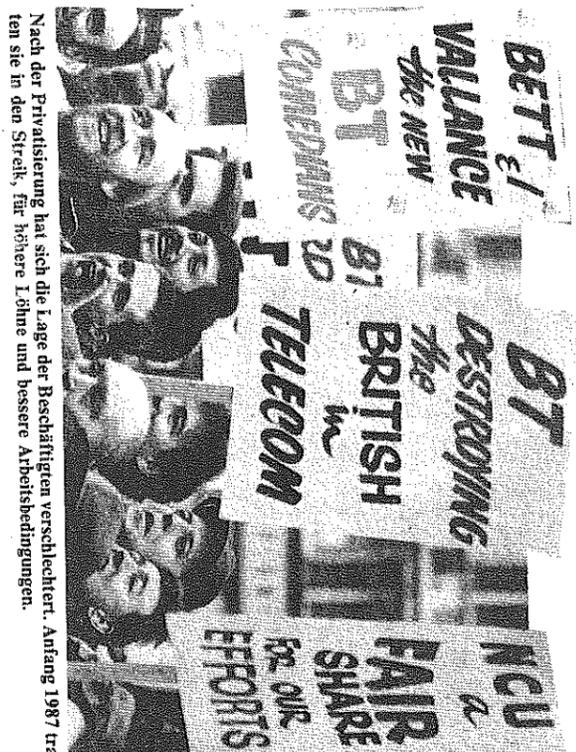
Ein Jahr später beschloß der Brüsseler Kongreß der II. Internationale, den 1. Mai alljährlich als gemeinsamen „Festtag der Arbeiter aller Länder“ zu feiern, „an dem die Arbeiter die Gemeinsamkeit ihrer Forderungen und ihre Solidarität bekunden sollten“. Der 1. Mai ist ein von der Arbeiterklasse selbstgewählter arbeitsfreier Tag: Doch es war ein harter Kampf für die internationale Arbeiterschaft, ihn durchzusetzen, und es gibt auch heute noch eine Reihe von Ländern, in denen das noch nicht gelungen ist.

Der 1. Mai ist für die Arbeiter eine Möglichkeit, die eigene Kampfstärke zu demonstrieren und ihre Forderungen massenhaft zu untermauern. Dieser Forderungsgleichen heute immer noch denen von vor über 100 Jahren: Sichere Arbeitsplätze, Arbeit für alle,

Kampf zu steigern. Es gab massiven Druck auf das Management, das in der Lage war, den Streik zu brechen. Das hätte durch einen landesweiten Streik verhindert werden können.

Ein zweites Problem waren die neuen, von der Regierung verabschiedeten Anti-Gewerkschaftsgesetze. Die Regierung hatte Privatfirmen als Streikbrecher eingesetzt. Die Gewerkschaften weigerten sich, diese im Telefonnetz zu verbinden. Daraufhin zog die Regierung vor Gericht, das die Vorgehensweise der Gewerkschaften verurteilte. Die Gewerkschaften hielten sich an dieses Urteil. Das war ein Fehler, denn wir hatten im ganzen Land genug Unterstützung, um auch „illegale“ Aktionen durchführen zu können.

VORAN: Was sind die Folgen der Privatisierung?



Nach der Privatisierung hat sich die Lage der Beschäftigten verschlechtert. Anfang 1987 traten sie in den Streik, für höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen.



MAI-FEIER 1901

konkret: Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, die Möglichkeiten der heutigen Technik für den Menschen nutzen. Da geht es nicht an, daß Lafontaine den Lohnverzicht von Arbeitnehmern fordert, anstatt Gewinne der Kapitalisten umzuverteilen.

Die Arbeiterorganisations SPD und DGB müssen klarstellen, daß sie im Interesse der arbeitenden Bevölkerung handeln, d.h. nicht mit, sondern gegen die Interessen des Kapitals, das alljährlich fette Gewinne einheimst, während viele Arbeiter um ihre Existenz bangen müssen. Nein, SPD und DGB müssen kompromißlos und einzig für die Interessen aller Arbeiter kämpfen und dürfen keinerlei Spaltung zulassen! Es ist die Hauptaufgabe von DGB und SPD, am 1. Mai gemeinsam die 35-Stunden-Woche zu fordern, die Solidarität aller Arbeiter im Kampf gegen die menschenverachtenden Interessen der Kapitalisten zu bekräftigen. Denn heute wie vor 100 Jahren gilt: Nur gemeinsam sind wir stark.

Jens Breuß, Hamburg-Altona
Jungsozialist

Dafür kämpft VORAN

- Sofortige Einführung der 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich, als ein Schritt zur weiteren Arbeitszeitverkürzung und Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle.
- Drastische Kürzungen der Militärausgaben.
- Sofortiger Ausstieg aus der Kernenergie, verbunden mit Lohnfortzahlung bzw. Ersatzarbeitsplatz-Garantie für die Beschäftigten.
- Garantierter Mindestlohn von 1500 DM für alle. Einen demokratisch aufgestellten Produktionsplan, entsprechend den Bedürfnissen der Bevölkerung.
- Rücknahme aller Kürzungen und ein staatliches Programm zur Förderung des Wohnungsbaus, der Gesundheitsfürsorge, der Bildung...
- Überführung der 200 größten Konzerne, Banken und Versicherung unter demokratische Arbeiterkontrolle. Demokratische Verwaltung der verstaatlichten Betriebe durch gewählte und jederzeit abwählbare Vertreter (z.B. je 1/3 Vertreter der Belegschaft, der Gewerkschaft und des Staates), die nicht mehr verdienen dürfen als einen durchschnittlichen Facharbeiterlohn.

O'Callaghan: Sowohl die Beschäftigten als auch die Kunden haben unter dieser Maßnahme zu leiden. Fast sofort setzte ein Programm ein, das die Kürzung von 5000 Arbeitsplätzen jährlich bedeutete. Das verschlechterte natürlich den Service, und es kamen massenhaft Klagen von den Kunden. Daraufhin wurde das Kürzungsprogramm erst mal verringert. Allerdings wird jetzt an einem digitalisierten Verbundnetz gearbeitet. Das hat zur Folge, daß bis 1992 70.000 Stellen abgebaut werden.

VORAN: Was habt ihr weiter vor, um gegen die Verschlechterung von Service und Arbeitsbedingungen vorzugehen?
O'Callaghan: Im Augenblick läuft bei uns sehr wenig, vor allem, weil die Labour Party gerade dabei ist, ihre sozialistischen Grundsätze aufzugeben. Die Gewerkschaften fordern von einer zukünftigen Labour-Regierung

eine erneute Verstaatlichung der verkauften Industrien. Da die Labour-Führung eine entschuldigungslose Entgegnung dieser Branchen jedoch ablehnt, argumentiert sie, eine derartige Maßnahme sei zu teuer.

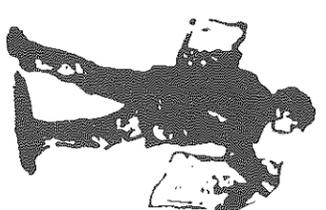
Außerdem fordern wir die 32-Stunden-Woche, das heißt 4 Arbeitstage, um bei fortschreitender Rationalisierung einen weiteren Verlust von Arbeitsplätzen zu vermeiden.

VORAN: Was empfiehlt Du den Kollegen in der Bundesrepublik?
O'Callaghan: Sie müssen ganz klarsagen: Die Trennung in verschiedenen Bereichen ist ein erster Schritt zur Privatisierung. Dagegen muß man sich sofort wehren! Außerdem sollten die Kollegen darauf vorbereitet sein, den ganzen Kampf gegen die Privatisierung aufzunehmen. Unsere Erfahrung hat uns gezeigt: Schwerpunktstreiks reichen da nicht aus. Ein Vollstreik ist nötig.

Ich möchte

VORAN abonnieren, 6 Ausgaben zu 9,60 DM
VORAN weiterverkaufen und bestelle Exemplare (in Kommission - Bezahlung erfolgt nach Verkauf)
ein VORAN-Förderabo zu DM beziehen (ab 20 DM)

Name, Anschrift, Telefon
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1
Postcheckamt Essen, Bankleitzahl 360 100 43, Konto-Nr. 2500 59-430



Erfahrungen der britischen Postler: Bereit sein zum vollen Kampf!

Die Bundesregierung mit ihren Privatisierungsplänen hat international schon ihre Vorbilder. Besonders was die Post-Privatisierung angeht, liefert Großbritannien ein treffliches Beispiel. VORAN sprach mit Colin O'Callaghan, Vorsitzender des British Telecom International Council (Untergliederung der Nationalen Post-Gewerkschaft, die die Beschäftigten des Bereichs internationale Kommunikation organisiert):

VORAN: Was waren die Gründe für die Privatisierung in Großbritannien?

O'Callaghan: Hierbei handelt es sich um eine allgemeine Politik der Tory-Regierung. Sie ist ein Mittel, eine Reihe öffentlicher Einrichtungen in die Hände der Superreichen zu überführen, die damit dann das dicke Geld machen. Gas, British Petrol und British Telecom sind schon verkauft, als nächstes steht die Elektrizität an.

VORAN: Was habt ihr gegen die Privatisierung unternommen?
O'Callaghan: Alle Gewerkschaften, die innerhalb des Telekommunikationssektors arbeiten, starteten eine Kampagne, nachdem dieser Bereich schon von dem, was bei Euch „Gelbe Post“ heißt, getrennt worden war. Wir konzentrierten unsere Aktionen auf den Bereich Telekommunikation und versuchten, uns auf ganz besonders wichtige Bereiche zu konzentrieren. So bestritten wir zwei Monate lang die beiden Bereiche internationale Vermittlung und die Geschäftsverteilung. Der Rest des Landes unter-

Ich möchte VORAN unterstützen und bitte um weitere Informationen

Name
Anschrift
Telefon
Bitte einsenden an: VORAN, Hansaring 4, 5000 Köln 1, Telefon 0221/134504

Gerade an der Berichterstattung der bürgerlichen Medien über Rheinhausen wurde deutlich, wie notwendig die Arbeiterbewegung eine eigene, unabhängige und marxistische Zeitung braucht.

Voran ist diese Zeitung!

Darum freuen wir uns über die 100ste Ausgabe und werden Voran auch weiterhin unterstützen!

Mit rotem Gruß

Juso-AG Nürnberg/Maxfeld

Im letzten Jahr gab es neben den Kämpfen in Hattingen und Rheinhausen in der BRD auch große Schülerproteste gegen die Abi-Deform, einer Elite-Bildung auf Kosten der sozial-schwachen Schüler. In Aachen hat die von VORAN-Lesern im Jahr 1986 gegründete Schülergruppe dieses Thema, neben anderen, aufgenommen und dazu einen Streik in Aachen organisiert, an dem ca. 1500 Schüler teilnahmen. Dies wäre nicht möglich gewesen, ohne den Schülern eine klare Alternative zu zeigen, wie sie Voran uns aufzeigt. Deswegen: Unterstützt Voran und helft ihr bei ihrem Kampf für ein sozialistisches Programm in der SPD.

Juso-Schülergruppe Aachen

„Die Geschichte der Menschheit war stets die Geschichte von Klassenkämpfen.“ Marx

Heute, in der Hauptstadt des „Muschlerländle“ stehen wir diesem Klassenkampf deutlich gegenüber. Bei zahlreichen Zulieferern der Automobilindustrie sind Massenentlassungen geplant, Angriffe auf die Arbeiterklasse durch Steuerreform und Postprivatisierungen. Die SPD hat im Wahlkampf mit dem Programm des „neuen Fortschritts“ keine klare Alternative zum Späth-Kapitalismus aufgewiesen. Für uns heißt neuer Fortschritt Sozialismus! Wir unterstützen deshalb Voran mit der Forderung nach einem sozialistischen Programm. Weiter so!

Jungsozialisten Stuttgart-Mühlhausen

La lucha continua – der Kampf geht weiter



Maria Clara Roque
Sprecherin der Juso-AG Wiesbaden-Albstadt und Mitglied im Juso-Unterbezirksvorstand

Liebe Genossinnen und Genossen!
Wir hoffen, daß die 100. Ausgabe ein Meilenstein ist beim Aufbau einer starken Arbeiterpresse in der BRD und eines marxistischen Flügels in der SPD.
Macht weiter so!

Die Juso-AG Aachen-Haaren

Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert, es kommt aber darauf an, sie zu verändern!

Karl Marx

In diesem Sinne: Weiter so!

Juso-AG Remscheid-Süd

Liebe Kolleginnen und Kollegen!
Zur 100. Ausgabe solidarische Grüße
von der Jugendvertretung Mahle-Cannstadt

Fortsetzung von Seite 1

15 Jahre Verteidigung des Marxismus

1973 war ein Aufschwungjahr, „Arbeitslosigkeit“ damals noch ein Fremdwort. In der SPD wurde an einem „Langzeitprogramm“ gebastelt, wonach bis 1985 Schritt für Schritt der „demokratische Sozialismus“ eingeführt werden sollte. Der 1975 vom Bundes-Parteitag verabschiedete „Orientierungsrahmen '85“ sah vor, durch jährliche Wachstumsraten von 5% innerhalb von 10 Jahren Wohlstand, soziale Sicherheit und inneren Gleichheit für alle durchzusetzen.

Wir waren damals fast die einzigen, die die Warnung formulierten: „Im Jahre 1974 – oder spätestens 1975 – findet ein schwerer wirtschaftlicher Rückgang statt, der alle in Angriff genommene Reformen unmöglich zu machen droht!“ (VORAN Nr. 1) In der gleichen Ausgabe wiesen wir darauf hin, daß selbst ein bescheidenes sozialdemokratisches Reformprogramm „nur dann durchzuführen ist, wenn die Hebel der wirtschaftlichen Macht – das heißt die Schlüsselindustrien und das Bankwesen – in Staatshänden ruhen und durch die organisierten Arbeiter und Angestellten verwaltet und kontrolliert werden.“ Dazu stehen wir auch 1988.

Die Zeiten haben sich geändert. Gewerkschaftsbeschlüsse zur Überführung von Schlüsselindustrien in Gemeineigentum zeigen, daß die Erfindung vieler Arbeiter jetzt allmählich in die Richtung weist, die VORAN von Anfang an vertreten hat.

Verteidigung von Reformen

VORAN beläßt es nie dabei, die Massen einfach mit der Forderung nach Verstaatlichung der Großkonzern „abzuspeisen“. Wir verteidigen stets jedes demokratische Mitbestimmungsrecht. Doch der verheerende

Kahlschlag bei den Stahl-Arbeitsplätzen hat unsere Warnungen bestätigt: Mitbestimmung, und sei es auch eine genau 50%ige, kann nicht die Krisen des Kapitalismus aufheben. Um über etwas wirklich bestimmen zu können, muß man es besitzen. Daher die Notwendigkeit, die 200 größten Konzerne, Banken und Versicherungen zu enteignen und von Belagschaften, Gewerkschaften und Staat gleichberechtigt verwalten zu lassen.

Das „Gehi doch nach drüben“ der 70er Jahre ist viel leiser geworden. VORAN hat von Anfang an keinen Zweifel daran gelassen, wie Marxisten zum „real existierenden Sozialismus“ in Osteuropa stehen.

Grüne

Die Entstehung der Grünen vor 8-10 Jahren war eine Antwort auf Helmut Schmidts Atom- und Sparpolitik. Doch VORAN setzte nie darauf, sich vor lauter „Frust“ vor dem mühseligen Kampf um eine Erneuerung – wenn man so will einer Instandsetzung – der traditionellen Arbeiterorganisationen zu drücken. Es gab seit damals immer wieder linke Kritiker in der Partei, die teilweise bekannt und prominent waren und die Chance gehabt hätten, einen linken Massenflü-

gel aufzubauen. Doch alle diese Ansätze sind bis heute durch Anpassung, Karriereum oder Resignation der Betroffenen gestoppt worden.

Latouraines absoluter Wahlsieg im Saarland 1985 und sein Aufstieg in der Bundespartei zeigen, wie viel selbst mit der Änderung eines linken Programms und von etwas Durchhalten vermögen bewirkt werden kann. Doch sein seitheriger Rechtsruck macht auch klar, daß ein zukünftiger linker Massentügel nicht mit einzelnen Personen stehen oder fallen darf, sondern nur mit einem klaren Programm richtig wachsen und gedeihen kann. Marxisten setzen nicht auf einzelne „Prominente“, die man „hoopuschelt“ und denen der Erfolg dann eventuell in den Kopf steigt. Unser Weg ist ein mühsamer, aber der einzig erfolgversprechende: die Verankerung eines kämpferischen sozialistischen Programms.

Klassengesellschaft

Ständiger Begleiter unserer politischen Arbeit in den letzten 15 Jahren war die Auseinandersetzung mit Pestizidmisten in der Bewegung, die der heutigen Arbeiterklasse die Kampf- und Lernfähigkeit absprechen und von „Atomisierung“ der Arbeiterklasse und „schleichender Fälschierung“ sprechen. Besonders bei den Jusos fanden solche Ideen einen guten Nährboden. Schon in Nr. 1 unserer Zeitung benängelten wir, daß zu viele Akademiker im Juso-Verband den Ton angingen und die Arbeiterjugendlichen – wenn überhaupt – nur die zweite Geige spielen.

Unsere Prognose von zunehmenden Klassenkämpfen mit neuer Schärfe ist, durch die zähen Aktionen der

Rheinhauserer Krupp-Arbeiter, bestätigt worden – und nicht nur dort. Doch Klassenkämpfe allein – so betonten wir stets – führen noch nicht automatisch und spontan zu einer sozialistischen Gesellschaft. Ohne eine bewußte sozialistische Führung in diesen Kämpfen – so warnten wir – sind auch einzelne Rückschläge unvermeidlich.

Als aktive Jungsozialisten trugen wir dazu bei – mit zunehmendem Erfolg –, Untergliederungen der Jusos auf betriebliche Kämpfe zu orientieren. Bei Streiks und Betriebsbesuchen konnten VORAN-Korrespondenten „vor Ort“ über die Kämpfe und Lehren direkt berichten. Daß wir Solidaritätsmaßnahmen organisieren, Geld sammeln und bei den Streikposten direkt dabei waren, versteht sich von selbst. Ideen von uns zur betrieblichen Orientierung und offensiven Kampagnearbeit wurden selbst von Juso-Genossen aufgenommen, die sonst den „Trozkisten“ gegenüber eher skeptisch eingestellt sind.

Internationalismus

Berichte über das Leben und die Kämpfe der Arbeiter und Jugend in aller Welt waren seit VORAN Nr. 1 fester Bestandteil unserer Zeitung. Durch Kontakte zu Marxisten in aller Welt können wir Informationen weitergeben, die anderswo unterschlagen werden.

Im Zeitalter gewaltiger multinationaler Konzerne und gegenseitiger Abhängigkeit aller Länder kann es keinen „Sozialismus in einem Lande“ geben. Darum ist Internationalismus für uns kein sentimentaler Akt, der sich auf ein, zwei Länder konzentriert, sondern eine praktische Notwendigkeit der Arbeiterbewegung.

Als François Mitterand 1981 erstmals zum Präsidenten gewählt wurde, warnten wir bei aller Freude über die Niederlage der Rechten vor den Halb-

heiten und Unzulänglichkeiten seines zaghaften, reformistischen Programms. Während der damalige Juso-Bundeskongreß-Beschluß schon Frankreich auf dem Wege zum Sozialismus sah, warnten wir vor einem Scheitern der halbherzigen Mitterand-Reformen, die selbst einen Sieg der Rechten zur Folge haben könnte – wie er bei den Parlamentswahlen 1986 auch tatsächlich eingetreten ist.

Abgesehen von einem Artikel in der DGB-Jugendzeitschrift „ran“ waren wir die einzige Zeitung in der Bewegung, die sachlich und ohne Verzerrungen über den großartigen Kampf der marxistischen Stadträte von Liverpool berichtete. Als VORAN-Unterstützer vor zwei Jahren eine Bildungsreise nach Liverpool organisierten, meinten selbst wir noch nicht, daß die sozialdemokratischen Landes- und Kommunalpolitiker in der BRD so schnell vor einer ähnlich katastrophalen Finanzlage stehen würden wie unsere Genossen in Liverpool.

Internationale Solidarität beschränkte sich nicht nur auf Zeitungsartikel. Oft starteten wir Solidaritätskampagnen, um Marxisten in Ländern der „3. Welt“ gegenüber Verhältnissen und Bedrohungen durch bürokratische Regimes zu verurteilen. Mehrmals reisten auf unsere Initiative hin 1984/85 junge britische Bergarbeiter durch die BRD und berichteten über ihren Kampf, der volle 12 Monate andauerte.

1987 fuhr eine Genossin von der spanischen Schüler- und Studentengewerkschaft auf Einladung von uns durch die BRD und berichtete über den erfolgreichen Kampf gegen die Bildungspolitik und Kürzungen durch die Regierung Gonzalez. Auch hier zeigte sich, daß viele „linke“ Blätter in der BRD entweder auf bürokratische Verzerrungen herein gefallen waren oder einfach den spanischen Marxisten an der Spitze der Schülerbewegung ihren Erfolg nicht gönnen wollten.

Die kommende Weltwirtschaftskrise wird alle Strömungen innerhalb der Arbeiterbewegung auf den Prüfstand stellen. Wir hoffen, diesen Test erfolgreich zu bestehen.

Hans-Gerd Öflinger

Sprecherrat des Stuttgarter Schülerrats



**Schülerpower
ohne Ende
gegen diese
Bildungswende**

Zu der 100. Ausgabe Eurer Voran spreche ich Euch meine Anerkennung aus. Ihr habe kon-
tinnierlich gearbeitet. Auch wenn wir zu ver-
schiedenen Artikeln unterschiedlicher Auffas-
sung waren, ist Eure Leistung anzuerkennen.
Herzlichst, Euer Manfred Engelhardt
Aachen, OTV-Mitglied, Personalratsvorsitzender

Ist der Kapitalismus in der Krise,
schlucken immer die Arbeiter das Miese.
Die Wirtschaft bankrott, die Umwelt in Gefahr,
so stellt sich dieses System uns dar!

Doch den Kopf nicht in den Sand gesteckt,
sondern den Marxismus geweckt!
Weg mit Bürokratie und allen Klassen,
an die Macht die Arbeitermassen!

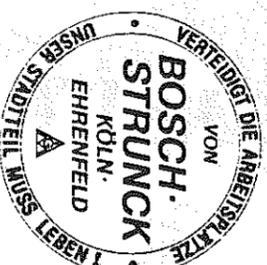
Rotfront

für die Juso-AG Kücknitz
Pucki, Vulli, Stephan und Greg aus Lübeck

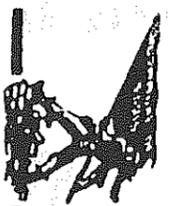
Zur hundertsten Voran alles Gute,
halter bloß nie Eure Schnute.
Voran zur sozialistischen Welt,
und rote Grüße hier vom Belt!

**Der Grundstein
ist gelegt.
Jetzt geht die
Arbeit richtig los.**

Ulrich Beier
Mitglied im Bezirksjugend-
vorstand der IG BSE Frankfurt
und Vertreter der BSE-Jugend
im DGB-Kreisjugendausschuß



**Das Stadtteilkomitee
Köln-Ehrenfeld „Erhaltet
Bosch-Strunck“ bedankt
sich für die Unterstützung
und wünscht weiterhin
viel Erfolg.**



JUSO A G O S F

**Die Schwachen kämpfen nicht,
Die Stärkeren kämpfen vielleicht eine Stunde lang,
Die noch stärker sind, kämpfen viele Jahre,
Die Stärksten kämpfen ihr ganzes Leben lang.
Diese sind unentbehrlich.**

Berthold Brecht

Sozialistische Grüße, Juso-AG Stuttgart-Ost



„Wer die Jugend hat, hat die Zukunft“

(W. I. Lenin)

Sozialistische Grüße zur Nr. 100!

Auch weiterhin mit voller Kraft für die Verbreitung
des Marxismus in der Arbeiterbewegung und der
Jugend – das erwarten wir von den nächsten
100 Ausgaben.



JUNGSOZIALISTEN IN DER SPD
Bremerhaven Alt-Lehe/Lehe-Nord

Liebe Genossinnen und Genossen von der Redaktion!
Der verfaulende Kapitalismus stinkt zum
Himmel und treibt immer rasanter in den Ab-
grund. Es fehlt nicht an Doktoren, die ihn ge-
sundbeten wollen.
Bemerkenswert, daß Voran die einzige Publi-
kation ist, die offen zu dessen Beseitigung
aufruft!

Viele Anregungen haben wir von Euch bekom-
men. Zur 100. Ausgabe Dank und Gratulation.
Juso-AG Forst-Driescher Hof, Aachen

Solidarische Grüße zur 100. Ausgabe
von Voran sendet die

Juso-AG 7840 Müllheim/Baden

Voran führt seit 15 Jahren als marxisti-
sche Zeitung mit eindrucksvoller Unter-
stützung aus der Arbeiterklasse den
Kampf für den Sozialismus.
Diese Tatsache kann uns allen Anlaß ge-
ben zu der realistischen Hoffnung auf
eine sozialistische Zukunft, in der Voran
sicher auch in den nächsten Jahren sei-
nen Beitrag leisten wird.

Erik Penner, Jüchen, Jungsozialist

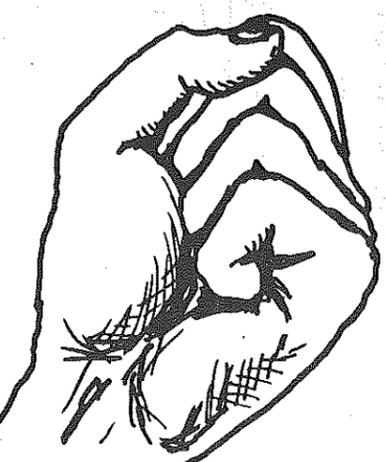
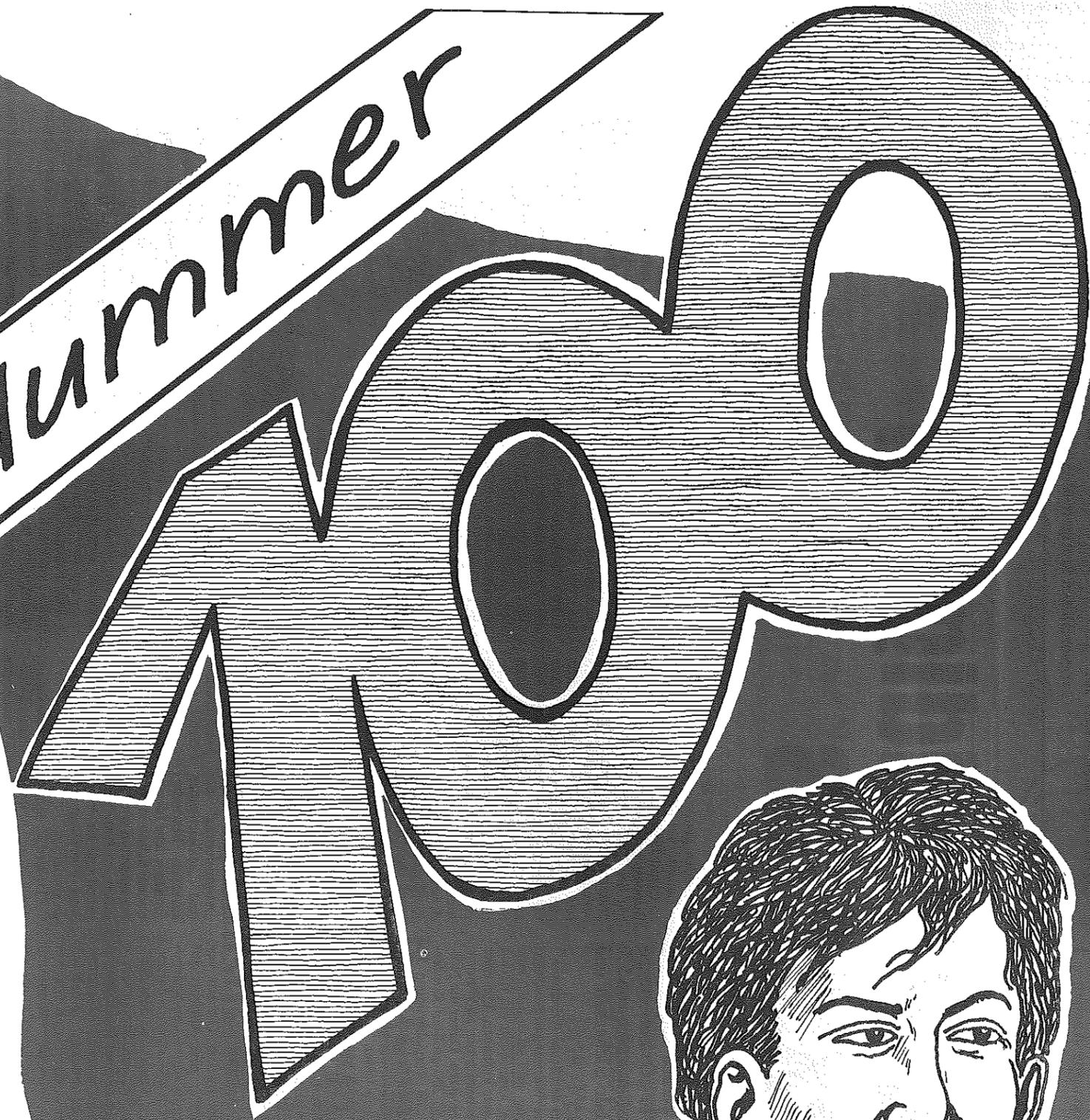
**Eine starke sozialistische Bewegung
braucht eine starke Presse.**

In diesem Sinne sozialistische Grüße



Jungsozialisten in der SPD
Kreisverband Stuttgart

Summer





**15 Jahre
Verteidigung
des
Marxismus**

VORAN

Kontaktadresse:
Redaktion Voran
Hansaring 4
5000 Köln 1
Tel. 0221/134504

Marxistische Zeitung für SPD, Jusos, Falken und Gewerkschaften